

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Berater und Chefredakteur:**  
Eric Kittinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dörfel 4190/4190



**Redaktion für Berlin und Gegend:**  
Berlin SO 61, Dörfelstrasse 6  
Telefon: Dörfel

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bestand ist nur auf Grund besonderer Bestellung gefüllt. Abnahme höchstens 4 Bogen  
vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinung für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 22. April 1931

Intern. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Wer hat terrorisiert?

-----  
Die angeblich Terrorisierten als Terroristen.

SPD. Eine endgültige Uebersicht über das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens liegt zurzeit noch nicht vor. Die Bundesleitung des Stahlhelm nennt sechs Millionen als ungefähre Ziffer der Einzeichnung, und die Rechtspresse bemüht sich, aus diesem Ergebnis einen Erfolg zu machen. In Wahrheit bedeutet es einen Misserfolg, denn die Zahl der Einzeichnungen bleibt danach um rund ein Drittel hinter der Stimmenzahl zurück, die die das Volksbegehren betreibenden Parteien bei den Septemberwahlen in Preussen erzielt haben. Die Presse der Rechten sucht deshalb bereits nach Entschuldigungen, und so liest man, dass bei wirklich freier Meinungsäusserung die Zahl der Einzeichnungen beträchtlich höher gewesen sei.

Nun ist sicherlich bei einem sehr erheblichen Teil der Bevölkerung die Freiheit der Entschliessung gegenüber dem Volksbegehren sehr erheblich beeinträchtigt gewesen - jedoch zugunsten des Volksbegehrens. Im allgemeinen ist in den grossen Städten und in den industriellen Bezirken die freie Meinungsäusserung gewährleistet, in den ausgesprochen agrarischen Gebieten jedoch wird sie durch den reaktionären Terror der Gutsbesitzer auf das schwerste beeinträchtigt. Hier ist ein sehr ernstes Nachwort zu der Aktion des Stahlhelm notwendig!

Die Eintragungsziffern in den beiden ostelbischen Bezirken Pommern und Ostpreussen unterscheiden sich sehr wesentlich von den Eintragungsziffern im übrigen Preussen, namentlich in den Dörfern. In Pommern sind in einzelnen Kreisen Eintragungsziffern von über 60 Prozent der Stimmberechtigten festgestellt worden, so in Greifenberg (Kreis) 61%, Regenwalde (Kreis) 63%, Camin (Kreis) 63%, Dramburg (Kreis) 70%, Kreis Schivelbein 70%, Bublitz (Kreis) 73%. Das sind die Kreise, die schon beim Young-Volksbegehren ähnlich phantastisch hohe Eintragungsziffern erzielten, was sich aus dem grenzenlosen Terror der Grossgrundbesitzer erklärt.

Im ganzen sind in den beiden Provinzen Pommern und Ostpreussen fast eine Million Eintragungen gezählt worden. Die Zahl der Stimmberechtigten in beiden Provinzen beträgt etwa 10 Prozent der Stimmberechtigten in ganz Preussen, die Zahl der Eintragungen jedoch 17 Prozent der Gesamteintragungen! Diese Ziffern zeigen deutlich genug, wo die freie Meinungsäusserung bei diesem Volksbegehren eingeschränkt gewesen ist!

In den Eintragungsziffern in Pommern und Ostpreussen kommt der wahre Sinn der Stahlhelmaktion gegen die Preussenregierung zum Ausdruck. Die nach der Revolution entfachte ostelbische Junkerkaste betreibt diese Aktion, um die Staatsgewalt in Preussen wieder in die Hand zu bekommen und sie für ihre Sonderinteressen gegen das Volk ausnutzen zu können. Diese Kaste hat bei der öffentlichen Einzeichnung rücksichtslos mit terroristischen Mitteln gearbeitet, um die wirtschaftlich abhängige Bevölkerung ihren Interessen dienbar zu machen. In öffentlichen Auftritten ist in diesen Provinzen erklärt worden, dass nicht willfähige Arbeiter entlassen und Geschäftsleute boykottiert werden würden. Die Drohung mit der Vernichtung der Existenz hat sehr viele zur Einzeichnung geführt, die sich nur zähneknirschend dem Druck des Terrors gebeugt haben. Man wird nach dem Volksentscheid die Möglichkeit haben, zu kontrollieren, ob die Zahl der für das Volksbegehren-

gesetz beim Volksentscheid abgegebenen Stimmen die Zahl der Einzeichnungen wieder erreichen wird. Vor allem aber werden die kommenden Landtagswahlen sehr deutlich zeigen, dass die Eintragungsergebnisse im Herrschaftsgebiet der ostelbischen Junkerkaste nicht dem politischen Willen der Bevölkerung entsprechen!

An dieser schamlosen Terrorisierung der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung haben sich preussische Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher in der unverfrorensten Weise beteiligt. Die Erfahrungen, die man sowohl beim Volksbegehren für die Fürstenteignung wie beim Young-Volksbegehren mit der öffentlichen Einzeichnung in diesen agrarischen Gebieten gemacht hat, sind diesmal bestätigt und übertroffen worden.

Dieser Terror geht zurück auf zentrale Anweisungen der agrarischen Organisationen. Auch aus anderen agrarischen Gebieten wird über diesen Terror Klage geführt. So ist in Gerbstedt im Mansfelder Seekreis eine grosse Anzeige folgenden Inhalts veröffentlicht worden: "Ich mache Kaufleute und Handwerker darauf aufmerksam, dass ein Nichteinzeichnen zum Volksbegehren wirtschaftliche Schädigungen für Sie im Gefolge hat. Amt Gerbstedt, den 20. April 1931. Job Werner von der Schulenburg."

Der Kreislandbund Bitterfeld hat folgendes Schreiben an seine Mitglieder ergehen lassen: "Uns übergeordnete Stellen haben auf Grund unserer Einzeichnungsmeldungen festgestellt, dass im Kreise Bitterfeld am schlechtesten eingezeichnet worden ist. Deshalb die Aufforderung, unverzüglich die restlose Einzeichnung durchzuführen. Wir werden uns die Geschäftsleute merken, die es nicht zu einer Besserung unserer Lage kommen lassen wollen, da sie aus reiner Angst der Einzeichnung fernbleiben. Wir werden uns auch die Arbeitnehmer merken, die es ablehnen, mit uns zusammenzuarbeiten, obwohl sie von uns Lohn und Brot erhalten. Für die nicht erwähnten Berufsstände trifft Vorstehendes auch zu."

Das charakterisiert die Kreise, die lügenhaft über angebliche Beeinträchtigung der freien Meinungsäusserung gegenüber dem Volksbegehren schreien!

Man kommt ferner nicht um die Feststellung herum, dass die staatlichen Organe in den agrarischen Bezirken gegenüber den grössten Ausschreitungen an vielen Orten versagt haben. Es wird uns aus dem Kreise Torgau berichtet, dass der Ortsausschuss für das Volksbegehren in der "Schildauer Zeitung" Nr. 45 einen Aufruf erlassen hat, in dem es heisst: "Wer sich nicht in die Listen zum Volksbegehren einträgt, der ist ein gemeiner und feiger Lump, ein erbärmlicher Verräter an seinem preussischen Vaterland. Wer will in der Stadt Gneisenau solch Lump und Verräter sein? Niemand ausser den wenigen roten Gesellen, die unsere Heimat zerreissen und vergiften wollen. Das stürzende System wird auch dieses Gesindel begraben. Jeder, der wieder Ordnung und Sauberkeit für Preussen ersehnt, jeder, der kein Lump und Verräter ist, zeichnet sich ein."

Gegenüber diesem unglaublich verhetzenden und beschimpfenden Aufruf, der mehrere strafbare Handlungen in sich vereinigt, ist bisher keine preussische Behörde eingeschritten!

Aus den Erfahrungen mit diesem Volksbegehren muss der Schluss gezogen werden, dass die Macht des demokratischen Staates in diesen Hochburgen der Junkerkaste noch nicht so erstarkt ist, dass sie der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung unbedingten Schutz und Sicherheit gegenüber dem schamlosen Terror gewährleistet. Schon aus Anlass des Volksbegehrens für die Fürstenteignung ist die Frage aufgeworfen worden, wie gegen diesen unsittlichen Terror strafrechtlicher Schutz geschaffen werden könne. Auch im Entwurf eines neuen Strafgesetzes ist diese Frage nicht befriedigend gelöst. Der Schutz der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung ist jedoch nicht nur eine Frage des Strafrechts. Er ist vor allem auch die Frage des guten Willens, der Energie und der unbedingten Verfassungstreue der Organe des Staates in diesem Gebiete. Die Bevölkerung in den agrarischen Hochburgen hat ein Recht darauf, dass sie der demokratische Staat gegenüber den Terroristen schützt. Wir sind sicher, sie wird bei den nächsten allgemeinen und geheimen Wahlen vor allem in diesen Gebieten den Terroristen die gebührende Antwort geben!

SPD. Im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat Abg. Dr. Breitscheid folgendes Schreiben an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet :

"In einer Reihe von Städten, insbesondere in Köln, Duisburg, Hameln, Dortmund, Hamburg, Hannover, Stettin ist in den letzten Wochen der Brotpreis erhöht worden; am Montag, den 20. April auch in Berlin. Diese Brotpreiserhöhung ist nicht nur geeignet, eine sehr ernsthafte Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen, sondern sie steht auch im Widerspruch zu der Bestimmung des Zollgesetzes vom März 1931, wonach die Regierung verpflichtet ist, "mit der ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den vom Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnittlichen Brotpreis der letzten sechs Monate vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzubeugen."

Die Reichsregierung hat in den Wochen vor der Verabschiedung des neuen Zollgesetzes durch den Mund des Reichskanzlers und des Herrn Reichsernährungsministers wiederholt erklärt, dass in den heutigen Notzeiten eine Erhöhung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse, insbesondere des Brotes, unbedingt vermieden werden müsse. Durch das neue Zollgesetz vom März 1931 sind der Regierung über die bisherigen Ermächtigungen hinaus neue Vollmachten verliehen worden, die Zollsätze für sämtliche landwirtschaftliche Erzeugnisse ohne unmittelbare Mitwirkung des Reichstages der Wirtschaftslage entsprechend festzusetzen. Diese Vollmachten legen der Reichsregierung aber die Verpflichtung auf, den im neuen Zollgesetz ausdrücklich enthaltenen Verbraucherschutz mit der allergrössten Sorgfalt durchzuführen.

Wir gestatten uns daher, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, dass nicht nur auf dem Gebiete des Roggenbrotpreises die unmittelbare Gefahr einer Verletzung der gesetzlichen Verbraucherschutzbestimmungen besteht, sondern dass auch durch die Entwicklung des Weizenmarktes eine Ueberschreitung des im Gesetz festgelegten Richtpreises zu befürchten ist. Darüber hinaus wirkt sich die Preisentwicklung an den Futtergetreidemarkten zu einer immer drückenderen Belastung der auf Futtermittelzukauf angewiesenen bäuerlichen Bevölkerung aus, einer Belastung, die um so ungerechtfertigter ist, als die Ueberfüllung auf dem Roggen- und Kartoffelmarkte, die den Anlass zur Drosselung der Futtergetreideeinfuhr gab, heute überwunden ist.

Wir halten daher folgende Massnahmen auf dem Gebiete der Getreidepolitik für dringend erforderlich :

1. Eine Senkung des Roggenpreises in dem Ausmass wie es erforderlich ist, um die Brotpreiserhöhungen, die seit der Verabschiedung des Zollgesetzes vorgenommen wurden, wieder rückgängig zu machen. Sollten die Bestrebungen der Regierung, eine Senkung des Brotpreises durch eine Verringerung der Preisspanne zwischen Roggen und Mehl bzw. Mehl und Brot herbeizuführen, nicht innerhalb eines ganz kurzen Zeitraumes erfolgreich sein, so wäre schon jetzt für diesen Fall eine Senkung des Roggenzollens vorzusehen.

2. Sofortige Verbilligung der Weizeneinfuhr in dem Ausmass wie es erforderlich ist, um die Aufrechterhaltung des im Gesetz festgelegten Richtpreises von 260 Mark je Tonne sicherzustellen.

3. Verzicht auf die beabsichtigte Erhöhung des Haferzolls.

4. Verbilligung der Futtergersteneinfuhr in der Weise, dass beim Bezuge von einem Doppelzentner Kartoffelflocken der Anspruch auf den Bezug von 2 Doppelzentnern zollbegünstigter Gerste gegeben wird und zwar zu einem Zollsatz, der wesentlich unter dem heutigen Satz von 6 Mark pro Doppelzentner liegt."

SPD. Aachen, 22. April (Eig. Drahtb.)

In Aachen wurde ein Dipl.-Ing. Pesch verhaftet, der als Chemiker in einer Firma, die splitterfreies Sicherheitsglas fabriziert, beschäftigt war. Er hatte sich, wie durch die Kriminalpolizei festgestellt wurde, mit verschiedenen Staaten in Verbindung gesetzt, um ihnen gegen klingenden Lohn das Fabri-

kationsgeheimnis, das allein die Aachener Firma kennt, zu verkaufen. Das beste Anerbieten scheint ihm die russische Handelsvertretung in Berlin gemacht zu haben. Einwandfrei steht ferner fest, dass Kölner und Aachener Kommunisten Vermittlerdienste zwischen dem Herrn Diplom-Ingenieur und der russischen Handelsvertretung in Berlin leisteten. Damit findet die Feststellung, dass Russland ein ganzes Netz intensiver Werkspionage über ganz Deutschland gezogen hat, eine weitere Bestätigung.

-----

SPD. Die Nazi-Abgeordneten sind am Mittwoch in dem Untersuchungsausschuss für Roggenstützung im Reichstag wieder erschienen. Die Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses bedeutet den Abbruch des Parlamentsstreiks und die bedingungslose Wiederbeteiligung an den Arbeitendes Reichstags.

Selten hat eine politische Partei sich durch eigenes Verschulden eine so große Niederlage zugezogen wie das die Nazis durch ihren Auszug aus dem Reichstag am 10. Februar getan haben. Damals wollten sie durch ihre Abstinenz den Reichstag sprengen, glaubten sie, dass ihre Abwesenheit den Reichstag arbeitsunfähig machen würde. Ja, sie hofften schliesslich auch, dass die Regierung Brüning sie de- und wehmütig um ihre Rückkehr bitten würde und sie dann als die Triumphanten Deutschlands dastehen würden. Drohend erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr damals, dass alle ohne die Nationalsozialisten zustande gekommenen Gesetze verfassungswidrig und rechtsungültig seien und die Nazis ihre Ausführung zu verhindern wissen würden.

Weder diese Drohung hat gewirkt, noch sind die Hoffnungen der Nazis in Erfüllung gegangen. Der Reichstag wurde ohne die Nazis arbeitsfähiger als er es vorher war. Der Zusammenhalt unter den Parteien, die hinter der Regierung stehen, festigte sich und ermöglichte eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie, die trotz gewisser Schwierigkeiten die wichtigsten aktuellen Fragen parlamentarisch erledigte.

Wenn jetzt die Nazis ohne Bedingungen, ohne Voraussetzungen, ganz unauffällig in den Reichstag zurückschleichen und sich dort an der Arbeit beteiligen, als wenn sie niemals gefaulenzt hätten, so ist das das sichtbarste Eingeständnis ihrer katastrophalen Niederlage und ihrer verfehlten Taktik. Die ehemaligen Parlamentsfeinde sind Parlamentsfreunde geworden. Sie wollen sich durch Wohlverhalten die Bündnisfähigkeit mit den bürgerlichen Parteien erwerben, die sie durch ihre Kaschemmentonart eingebüsst hatten.

-----

SPD. Stockholm, 22. April (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch machten mehrere 100 Arbeitslose den Versuch, in das Stockholmer Stadthaus einzudringen um Forderungen auf höhere Unterstützungen geltend zu machen. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die zweimal mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vorging. Der Führer der Arbeitslosendemonstration wurde verhaftet.

-----

SPD. Während der Münchener Parteipapst Hitler für das Geld der Nazi-Mitgliedschaft einen Palast nach dem anderen kauft, wissen die nationalsozialistischen Ortsgruppen im Lande vor Schulden nicht ein noch aus. Neuerdings hat auch die Leitung der Nazi-Ortsgruppe in Hannover durch ein Rundschreiben an ihre Mitglieder verlautbaren lassen, wie es finanziell mit ihr bestellt ist. Sie versandte kürzlich folgenden Bettel- und Jammer-Brief :

"Der am 1. Februar bewerkstelligte Umzug der Ortsgruppenleitung nach dem Hause Georgstrasse 29, II erforderte eine Reihe von Ausgaben für Einrich-

tungsgegenstände, Telefonanlagen usw. - ein diesbezüglicher Aufruf zur Spende ist von parteigenössischer Seite nicht nennenswert Folge geleistet worden. Die dadurch bedingten Anschaffungen können aus laufenden Mitteln nicht bestritten werden, zumal die Fülle der Veranstaltungen der letzten Woche, die zu erklären ist durch die selbständige Ansetzung seitens der verschiedensten Dienststellen, einen gewissen Zuschuss verlangt. Nach Rücksprache mit den Funktionären der Ortsgruppe ist eine einmalige ausserordentliche Umlage in Höhe von 50 Pfg. zur Deckung aller durch den Umzug entstandenen ausserordentlichen Ausgaben notwendig. Die Umlage wird im Laufe des Monats März eingezogen und ist mit den laufenden Beiträgen am Fälligkeitstage abzurechnen. Ausser dieser für alle Parteigenossen geltenden Umlage werden Bausteine für die Einrichtung unserer Geschäftsstelle herausgegeben, die als Quittung für einen freiwilligen Beitrag aller wirtschaftlich bessergestellten Parteigenossen gelten soll.....

Es ist selbstverständlich, dass der Nationalsozialist sein Kampfblatt, die Niedersächsische Tageszeitung nicht nur gelegentlich liest, sondern darauf abonniert ist. Nach Durchsicht der Abonnements-Kartothek ist festgestellt, dass noch mindestens 50 % der Parteigenossen nicht Dauerbezieher der N.T.Z. sind. Ich nehme an, dass es nur dieses Hinweises bedarf, jeden Pg. zu veranlassen, sein bisher gelesenes Judenblatt abzubestellen und die N.T.Z. zu abonnieren.

Laut Verfügung der Reichsleitung ist der Beitrag für Erwerbslose seit längerer Zeit auf 1.--RM festgesetzt, zuzüglich RM -.30 für die SA-Versicherung. Dieser Beitrag ist von der Ortsgruppe Hannover bisher nicht erhoben worden, obgleich die Ortsgruppe für jeden Parteigenossen an den Gau monatlich RM 0.95 abführen muss. In Anbetracht der ausserordentlich angespannten Kassenlage der Ortsgruppe sehe ich mich nunmehr veranlasst, ab 1.März die Beiträge für Erwerbslose auf RM 0,80 zuzüglich RM 0.30 für SA-Versicherung zu erhöhen. Ich hoffe, dass ich mit dieser Erhöhung auskommen werde."

Genützt hat der Schnorr-Brief nichts. Die Schuldenlast der Ortsgruppe Hannover der NSDAP beziffert sich allein auf 75 000 Mark. In der letzten Not haben sich die Führer der Gruppe auf das Querschreiben verlegt und mehr als 60 Wechsel in Umlauf gesetzt. Wie es heisst, sieht es in anderen Ortsgruppen der Nazis nicht viel anders aus.

SPD. Weimar, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag ergänzte die Thüringische Regierung am Mittwoch durch die Wahl der Landbund-Abgeordneten Mackeltey und Döbrich zu Staatsräten. Für den als Staatsrat freiwillig zurückgetretenen Staatsrat Port (Landbund) wurde Generaldirektor Baumgärtel (DVP) gewählt.

Die Regierungsumbildung erfolgte mit den Stimmen von 19 Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Staatspartei. Mit Nein stimmten 13 Abgeordnete der Nationalsozialisten und Kommunisten. 14 Abgeordnete der Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, 7 fehlten.

Vor der Wahl fand eine lebhafteste Aussprache statt, an der sich die Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten beteiligten. Wiederholt wurden die Redner stürmisch unterbrochen.

SPD. Welche Leute die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auf Agitationsreisen schickt und gegen den bestehenden Staat und die Regierungsmitglieder Tag für Tag mit verhetzenden und verleumdenden Ausführungen auftreten lässt, zeigt nachstehender, von der Pressestelle der Preussischen Staatsregierung bekanntgegebener Fall:

Im Laufe des Monats Juli v.J. trat in vielen öffentlichen Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der landwirtschaftliche "Arbeiter" Iwan Jungbluth auf, dessen Reden zahlreiche Beleidigungen der Mitglieder der Reichs- und der Preussischen Staatsregierung enthielten. Es wurde deshalb gegen Jungbluth Strafantrag gestellt. Im Verfolg dieses Strafantrags stellt sich heraus, dass Jungbluth überhaupt keinen festen Wohnsitz hat, sodass ihm die Anklageschrift bisher nicht zugestellt werden konnte. Dieser nationalsozialistische Propagandaredner ist, wie sich weiter herausstellte, bereits je einmal wegen Unterschlagung und wegen Diebstahls vorbestraft. Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft in Stettin, von der er in einer anderen Sache gesucht wird, gegen ihn einen Steckbrief erlassen. Die Gründe, aus denen Jungbluth keinen festen Wohnsitz hat, liegen also auf der Hand.

So sieht ein Mann aus, der als offizieller Redner von den Nationalsozialisten herausgeschickt wird, um in zahlreichen Versammlungen die Werbekraft ihrer "sittlichen Ideen" zu verkünden und die "Erneuerung Deutschlands" durch den Nationalsozialismus zu propagieren.

-----  
SPD. New York, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Green forderte in einer Rede in Cambridge die Streichung oder mindestens eine scharfe Reduzierung sämtlicher Kriegsschulden zur Herstellung des wirtschaftlichen Vertrauens und zur Stärkung der internationalen Kaufkraft. Green warnte vor den Konsequenzen der gegenwärtigen Weltkrise und befürwortete ein weitreichendes Krisenprogramm, dessen Hauptpunkte die allgemeine Einführung des 5 Stundentages, die Erhaltung des hohen Lohnniveaus, die Einberufung einer nationalen Wirtschaftskonferenz und die Schaffung eines nationalen Wirtschaftsrates sind. Die Lohnsenkungen müssten schärfstens bekämpft werden. Die Reallöhne seien in den letzten Monaten um 6,8 Prozent gesunken. Der Lohnausfall im Jahre 1930 betrage gegenüber dem Jahre 1929 schätzungsweise 36,5 Prozent oder 10 Milliarden Dollar.

-----  
SPD. Hinter den Kulissen der von der KPD Zentrale aufgezogenen kommunistischen Inseratenzentrale leuchtet ein Artikel, den ein bisheriger führender Bremer Kommunist, ehemaliges Bürgerschaftsmitglied, in der "Bremer Volkszeitung" veröffentlicht.

Diesem Gewährsmann zufolge hat die kommunistische Parteizentrale die bisherige Inseratenexpedition der kommunistischen Schwerverdiener Biermann, Sander und Will, die seinerzeit der Fluchtbegünstigung des "Ali", des Mörders des Naziführers Horst Wessel, beschuldigt waren, aufgelöst. Diese drei Schwerverdiener deren Jahreseinnahmen in die Hunderttausende gingen, hatten den Löwenanteil des Reinverdienstes für sich behalten und die Parteizentrale nur mit 10 % der Nettoeinnahmen abgespeist. Das sollen immerhin noch 20 000 M im Monat gewesen sein, woraus hervorgeht, dass die bisherigen Leiter der KPD Inseratenexpedition ein grosses Privatvermögen beiseite geschafft haben müssen. Nunmehr hat die KPD eine neue Gesellschaft gegründet, die sie "Anzeigenannahme für die Arbeiterpresse" nennt. An ihr soll das Zentralkomitee mit 50 % des Gewinns beteiligt sein.

Der ehemalige Bremer Kommunist behauptet ferner, dass nicht nur das Bremer Kommunistenblatt, sondern alle anderen kommunistischen Zeitungen in Deutschland an Abonentenschwund leiden. Um für sie Inserate zu werben würde mit betrügerischen Verbreitungsziffern gearbeitet. Aber selbst vor "Gewaltanwendungen" schrecke man nicht zurück, um von den Geschäftsleuten Unterschriften zu "pressen". Viele kleine Krämer hätten schon unter dem Druck der kommunistischen Inseratenzentrale den Offenbarungseid leisten müssen und ihre Existenz

eingebüsst. Es sei erwiesene Tatsache, dass manchmal Geschäftsleute an solchen Orten in den KPD-Zeitungen inserierten, in die nicht eine einzige kommunistische Zeitung komme.

So lohnend das Geschäft für die kommunistische Anzeigenexpedition und für die kommunistische Parteizentrale sei, so schlecht wäre es für die kleinen Parteifunktionäre, die als "Vertreter" losgejagt würden. Der "Oberreisende" halte sich schadlos und gar die Parteioberen in Berlin steckten den Hauptgewinn in die Tasche. Die Werbearbeit solcher Kolonnen beschränke sich nicht nur auf die eigentlichen KPD-Zeitungen, sondern auch auf die vielen Presseprodukte der unzähligen Nebenorganisationen. Der Gewährsmann der "Bremer Arbeiterzeitung" behauptet schliesslich noch, dass die KPD-Zentrale durch ihre neue Gesellschaft monatlich eine Mindestsumme von 70 000 Mark einstreiche.

-----

SPD. Paris, 22. April (Eig. Drahtb.)

Die französische bürgerliche Presse bemüht sich krampfhaft, aus der in Strassburg erfolgten Verhaftung von vier der Spionage verdächtigen Elsässern eine Spionageaffäre grossen Stils zu machen. In ihren Überschriften heisst es, dass die angeblichen Spione wichtige Dokumente über die Landesverteidigung an Deutschland ausgeliefert haben, dass eine umfangreiche Spionageorganisation im Elsass bestehe und dergleichen mehr. Verschiedene Zeitungen haben bereits Sonderberichterstatter nach Strassburg geschickt, die ihrer Phantasie in endlosen Meldungen freien Lauf lassen. Den Vogel schiesst der Sonderkorrespondent des "Intransigeant" ab, der angesichts der Weigerung der Kriminalpolizei und des Untersuchungsrichters, nähere Angaben über die Affäre zu machen, "eine persönliche Untersuchung" eingeleitet hat, deren Ergebnis in einer mehrere Spalten langen Meldung dargelegt wird. Der Bericht enthält jedoch trotz seines Umfanges an tatsächlichen Angabennichts anderes, als was die Pariser Morgenzeitungen vom Mittwoch bereits veröffentlichten und wir über den Sachverhalt in- zwischen gemeldet haben.

In Wirklichkeit ist die ganze Affäre ein ausgesprochener Polizeiroman, der aus mehr oder minder politischen Gründen aufgezogen worden ist und der einem Teil der Presse eine willkommene Gelegenheit bietet, über Deutschland he zufallen. Die Veröffentlichung der Sache ist nicht etwa von der Strassburger Polizei ausgegangen, sondern auf eine "Indiskretion" der Pariser Zentralstelle der Sicherheitspolizei zurückzuführen. Der Direktor der elsässischen Polizei in Strassburg hat sich bereits darüber beklagt, dass seine Nachforschungen durch die vorzeitige Veröffentlichung der Affäre zum Teil "vermanscht" worden seien. Ausserdem schwebt die Angelegenheit schon seit Mai vorigen Jahres. Das zeigt, dass sich die Polizei bisher keine stichhaltigen Unterlagen, die eine Verhaftung rechtfertigen könnten, hat beschaffen können. Wahrscheinlich ist die sogenannte Indiskretion nur begangen worden, um Deutschland ein Gegenstück zu der Verhaftung der drei französischen Offiziere in Königsberg, die in Paris übrigens ziemlich stillschweigend behandelt worden ist, zu bieten.

Die einzige Zeitung, die die Angelegenheit und ihre Aufmachung in der übrigen Presse scharf kritisiert, ist der sozialistische "Populaire". Das Blatt bezeichnet es als lächerlich und erklärt, man habe Deutschland ein offenes Geheimnis verkauft. Denn jeder Spaziergänger könne sich die betonierte Unterstände an der Rheingrenze ansehen, und die Pläne, die sich in der Strassburger Pionierinspektion befinden, könne sich jeder ohne Schwierigkeiten beschaffen. Im übrigen seien bei den Befestigungsarbeiten Tausende von italienischen, polnischen und tschechischen Arbeitern beschäftigt, sodass es für einen wirklichen Spion viel leichter gewesen wäre, sich als Erd- oder Bauarbeiter zu verkleiden, um auf diese Weise alle Geheimnisse zu erfahren.

-----

SPD. Der Reichstagsausschuss zur Untersuchung der Roggenstützungsaktion erlebte am Mittwoch eine für die Deutschnationale Reichstagsfraktion ausserordentlich blamable Sensation.

Auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Stubbendorf hatte der Vorsitzende des Ausschusses zu der vorletzten Sitzung einen gewissen Getreidehändler Krüger aus Rostock vorgeladen. Vor seiner Vernehmung, die von den Deutschnationalen als besonders wichtig bezeichnet wurde, machte die sozialdemokratische Abg. Frau Sender einige Feststellungen über die Qualitäten des deutschnationalen Sachverständigen. Sie fragte insbesondere, ob es zutreffe, dass er wegen seiner Geschäfte vorbestraft sei und seine Firma auf der schwarzen Liste stände. Frau Sender bestritt dem deutschnationalen Sachverständigen ferner in jeder Beziehung die Qualität, vor dem Ausschuss Gutachten als Sachverständiger abzugeben. Krüger hat damals äusserst heftig bestritten, dass irgendetwas ehrenrühriges gegen ihn vorliege. Stubbendorf markierte sogar ungeheure Entrüstung darüber, dass man versuche, einen so ehrenwerten Mann wie Krüger zu difamieren.

Inzwischen sind bei dem Ausschuss unaufgefordert eine Reihe von Zuschriften amtlicher Stellen, sogar aus dem Ausland, eingelaufen, die weit über die sozialdemokratischen Anschuldigungen hinaus die Persönlichkeit dieses deutschnationalen Sachverständigen kennzeichnen. Aus einer Zuschrift erfährt man, dass dieser deutschnationale Sachverständige daheim den ehrenden Beinamen Lügen-Krüger trägt. Der holländischen Regierung ist z.B. folgende Auskunft über Krüger zugegangen :

"Krüger geniesst hier seit Jahren den denkbar schlechtesten Ruf. Seine Betrügereien sind stadtbekannt. Krüger ist jedoch so gerissen, dass der Staatsanwalt bisher keine Gelegenheit zum Einschreiten hatte... Zum Schluss können wir Ihnen noch mitteilen, dass die Firma Krüger & Co., sowohl wie die Getreidehandelsgesellschaft an der hiesigen Börse auf der schwarzen Tafel steht... Krüger hat den Offenbarungseid geleistet. Er hat eine neue Firma aufgemacht, welche Getreidehandels G.m.b.H. heisst."

Der Abg. Hilferding (Soz) wies nach der Verlesung dieser geradezu niederschmetternden Charakteristik eines deutschnationalen Sachverständigen darauf hin, dass der einzige Skandal, der bis jetzt im Roggenausschuss zutage getreten ist, ebender Fall dieses deutschnationalen Sachverständigen sei. Als pikante Einzelheit gab der Vorsitzende dann noch bekannt, dass Krüger für seine Sachverständigenaussage, die insgesamt kaum mehr als eine Stunde gedauert hat, dem Reichstag eine Liquidation von 2300 Mk. hat zugehen lassen, die er schliesslich nach einer erstaunten Rückfrage auf 1234,96 Mk. ermässigt hat. Er hat für die, angeblich seiner Vernehmung voraufgegangenen sehr grossen Vorarbeiten 6 Mk. pro Stunde liquidiert. Insgesamt will er zur Vorbereitung auf seine Sachverständigenaussage fünf Tage benötigt haben. Diese Behauptung kennzeichnet die Glaubwürdigkeit des Sachverständigen insofern, als er überhaupt erst zwei Tage vor seiner Vernehmung als Sachverständiger vorgeladen worden ist und vorher gar nicht wissen konnte, dass er als Sachverständiger vernommen werden würde. Aus alledem ergibt sich, dass Herr Krüger ausgezeichnet zu den Deutschnationalen passt.

SPD. Stralsund, 22. April. (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Stralsund verurteilte den Major a.D. Hossenfelder aus Kolberg wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu drei Monaten Gefängnis

Hossenfelder, eifriges Mitglied der Nazipartei und republikanischer Pensionsbezieher hatte in einer öffentlichen Versammlung in Vorpommern die Republik gröblich beschimpft. U.a. hatte er erklärt: "Der Staat ist von Zuhältern und Deserteuren geschaffen. Die Regierung plündert im Auftrage der Hochfinanz das Volk aus. Braun winselt wie ein geprügelter Hund. Die Verfassung ist schon im Jahre 1917 von Juden geschrieben und später von der Republik übernommen



worden."

Der als Zeuge vernommene frühere Kreisleiter der NSDAP Böhmfeld-Stralsund, sagte unter Eid aus, dass die Äusserungen nicht von Hossenfelder gefallen seien. Im Verlaufe seiner Vernehmung gab er aber schliesslich zu, dass sein Parteifreund gesagt habe, die Revolution sei von Zuhältern und Meuterern gemacht und somit ist auch die Republik von Zuhältern und Meuterern geschaffen worden. Von den beiden Richtern wurde diese Aussage zunächst überhört. Der Oberstaatsanwalt griff jedoch sofort ein und liess sich die Aussage von den anwesenden Pressevertretern und dem Gerichtsschreiber bestätigen. Darauf stellte der Vorsitzende an den Zeugen die Frage, ob er diesen Ausspruch getan habe. Ein glattes Nein war die Antwort. Daraufhin bemächtigte sich des Oberstaatsanwalts sowie der Pressevertreter und des Publikums eine starke Erregung sodass Störungen zu befürchten waren. Der Zeuge hatte ohne mit der Wimper zu zucken im Gerichtssaal einen Meineid geleistet. Ein entsprechendes Verfahren wegen Meineids soll eingeleitet werden.

SPD. Einer der Programmpunkte der Nationalsozialisten lautet wörtlich: "Abschaffung des arbeitslosen und mühelosen Einkommens". Was davon in der Praxis zu halten ist, zeigt Herr Frick neuerdings in höchst eigener Person. Als dieser Nazi-Minister kürzlich vom Thüringischen Landtag seines Amtes enthoben worden war, erklärte er öffentlich, dass er von Thüringen keinerlei Pension beziehe. Daraufhin hat sich der Weimarer Berichterstatter der "Eisenacher Tagespost" die Mühe gemacht, den Dingen auf den Grund zu gehen. und folgendes festgestellt :

"Da Dr. Frick vor seiner Ministertätigkeit nicht thüringischer, sondern bayerischer Staatsbeamter war, so fällt er nach dem Ministergehaltsgesetz vom 21. Januar 1930 unter die Bestimmungen, die für "Minister aus freien Berufen" gelten. Das sind Minister, die vor Uebernahme dieses Amtes nicht unmittelbare Staatsbeamte des Landes Thüringen waren. Solche Minister haben im Gegensatz zu Staatsbeamten nur dann Ruhegehalt zu beanspruchen, wenn sie bei Ausübung oder aus Anlass ihres Dienstes ohne eigenes grobes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten haben, die das Ausscheiden aus dem Amt wegen Dienstunfähigkeit zur Folge hat. Für Dr. Frick war diese Bestimmung auf seinen besonderen Antrag hin noch allgemein für Krankheit erweitert worden. Dieser besondere Fall der Dienstunfähigkeit ausgenommen, fällt also für Minister aus freien Berufen die Pension fort. Dagegen wird das volle Gehalt noch einen Monat als Abgangsgeld weitergezahlt. Vom zweiten Monat nach dem Ausscheiden ab wird ein Uebergangsgeld in Höhe von 80 Prozent der Amtsbezüge gewährt, dessen Dauer sich nach der Amtszeit des Ministers richtet. Dr. Frick hat Anspruch auf ein Uebergangsgeld bis einschliesslich Januar 1932....."

Frick hat gemäss dem Wortlaut des Nazi-Programms nicht etwa auf seinen Anspruch verzichtet. Wie andere Nazis, so wird auch er dreiviertel Jahr lang ein "müheloses Einkommen" in Höhe von rund 10 000 Mark einstecken. Wenn Grundsätze Kosten verursachen, dann pfeift der echte Nazi-Mann eben auf sein Programm. Erst die Kasse - und dann das Programm.

SPD. München, 22. April (Eig. Drahtb.)

In der Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer in München, auf der die Regierungen des Reiches, Preussens und Bayerns vertreten waren, hielt der Vorsitzende Scheer eine aufsehenerregende Rede. Scheer ging davon aus, dass das deutsche Kinotheatergewerbe in den letzten Jahren viele Hunderte Millionen Mark verloren habe, wodurch ein allgemei-

ner Zusammenbruch in drohende Nähe gerückt sei. Die Hauptschuldigen an dieser Situation seien die Tobis (Klangfilmgruppen) die Hersteller und Verleiher, durch deren Preise der Tonfilm künstlerisch und wirtschaftlich versagt habe. Es sei lediglich ein unnatürliches Starsystem bei den Darstellern und modischen Komponisten gefördert, dagegen der Dichter im Film noch weiter unterdrückt worden. Heftige Vorwürfe erhob Scheer auch gegen die Kontingentpolitik des Reiches, durch die nur die Tobis, die Konzerne und die Stars geschützt werden. Der deutsche Tonfilm brauche im Gegensatz zum stummen Film überhaupt keinen staatlichen Schutz, da Amerika ihn gar nicht nachmachen könne. Dagegen sei ein Schutz des Urhebers im Filmgewerbe, besonders in der Frage der Tantiemenzahlung notwendig.

In der allgemeinen Aussprache wurde dem Referat des Vorsitzenden in allen Punkten beigespflichtet. Am Schluss des Tätigkeitsberichtes des Filmsekretärs Noll stand folgender Appell: "Das deutsche Lichtspieltheatergewerbe hat es satt, weiterhin Frondienste zu leisten und Sklavenketten zu tragen. Die bisherige Misswirtschaft ist geeignet, alle Theaterbesitzer zugrunde zu richten. Das Filmgewerbe ruinieren heisst, das deutsche Volk seiner wichtigsten Unterhaltungs- und Belehrungsmöglichkeit berauben."

In einer Entschliessung protestierte die Versammlung gegen die unbilligen Forderungen der Gema. Wenn der musikalische Autoren-Schutzverband seine Monopolstellung weiter in der bisherigen Weise ausnutze, dann werde der Reichsverband die zuständigen Ministerien anrufen und prüfen lassen, ob hier nicht ein Verstoß gegen das Gesetz vorliege. Von politischer Bedeutung ist die Annahme eines Antrages, der fordert, dass die Filme, die geschlossenen Personenkreisen künftig zugänglich gemacht werden können, allgemein freigegeben und die Verleiher veranlasst werden, Filme für geschlossene Personenkreise nur in gewerblichen Kinos auszuwerten.

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Mitteilung, die die Berliner Spanische Botschaft dem Auswärtigen Amt über die Bildung der neuen vorläufigen Regierung in Spanien gemacht hat, ist ihr am Mittwoch die Antwort erteilt worden, dass die Deutsche Regierung ihren Botschafter in Madrid angewiesen hat, unter Anerkennung der vorläufigen spanischen Regierung die amtlichen Beziehungen mit ihr aufzunehmen.

---

SPD. Madrid, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der Generalstaatsanwalt hat an alle Staatsanwälte ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heisst, dass die Zeitungen von jetzt ab nicht mehr die Worte Majestät, König, Prinz und dergl. in bezug auf die Mitglieder der früheren Königsfamilie verwenden dürfen. Anderfalls sollen die Zeitungen gerichtlich verfolgt werden.

---

SPD. München, 22. April (Eig. Drahtb.)

Die Halbmonatszeitschrift "Der bayerische Stahlhelm" wurde von der Münchener Polizeidirektion auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten bis 11. Mai verboten. Die Ursache des Verbotes, das sich praktisch nur auf eine einzige Nummer der Zeitschrift erstreckt, ist ein Artikel in der zweiten Aprilausgabe, in dem zu dem Verbot der Berliner Stahlhelmzeitung in der unverschämtesten Weise Stellung genommen und ausgeführt wird, dass die Bezeichnung Braun, Severing usw. als Bundesgenossen Frankreichs keine Beschimpfung, sondern eine Tatsache darstelle.

In der Begründung des Verbots wird ausdrücklich gesagt, dass das Verbot wegen Wiederholung der beschimpfenden und böswillig verächtlich machenden Beschuldigung ausgesprochen worden sei.

SPD. London, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der stets sehr gut informierte "Daily Telegraph" meldet über die Krise in Rumänien aus "sicherster Quelle" folgendes :

Das neue Kabinett Jorga sei nur der Vorhang, hinter dem sich die Vorbereitungen zu einer Militärdiktatur vollziehen. Als Diktator sei General Prezan ausersehen, der in engster Verbindung mit dem König stehe. Carol wolle durch die Beseitigung des Parlaments und mit Hilfe der Diktatur zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einmal solle mit starker Faust die wirtschaftliche und finanzielle Krise Rumäniens gelöst und zweitens die offizielle Krönung Carols zum König ermöglicht werden. Bisher sei die Krönung an der Prinzessin Helene gescheitert, der geschiedenen Gattin des Königs, die eine Wiederversöhnung ablehne. Darüber wolle Carol jetzt durch einen Staatsstreich hinwegkommen.

Der "Daily Telegraph" meldet ferner, dass Carols Geliebte, Frau Lupescu, wieder in Bukarest weile. Ihre Anwesenheit sei einer der Gründe, weshalb sich Titulescu am vergangenen Sonnabend geweigert hat, ein neues Kabinett zu bilden. Angesichts der drohenden Generaldiktatur würden sich die rumänischen Parteien gezwungen sehen, Vorbereitungen zum Schutze des Parlaments und der Verfassung zu treffen. Zum erstenmal in der Geschichte Rumäniens sei ein republikanischer Ausschuss im Entstehen begriffen. In Bessarabien sei bereits eine Einigung zwischen Sozialisten und der Bauernpartei zustande gekommen.

SPD. Hannover, 22. April (Eig. Drahtb.)

Wie aus Göttingen gemeldet wird, hat dort die vor einigen Jahren als Organ der Welfen gegründete Niedersächsische Morgenpost Konkurs angemeldet. Das Blatt hat starke politische Wandlungen hinter sich. Es war zuletzt Organ der Nationalsozialisten. Ausser vielen Geschäftsleuten sind die Arbeiter und Angestellten die Leidtragenden des Konkurses. Schon seit Jahren wurden Löhne und Gehälter nur auf Stottern gezahlt.

SPD. London, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Telegraph" meldet, dass sich in verschiedenen kontinentalen Ländern gegen den Vorschlag Hendersons, zur Prüfung der Legalität der deutsch-österreichischen Zollunion gegebenenfalls den Haager Schiedsgerichtshof zu Rate zu ziehen, starker Widerspruch geltend gemacht habe. Auch in Genf sei man der Ansicht, dass es besser wäre, den Haager Gerichtshof in dieser Angelegenheit nicht zu befragen, sondern sie völlig dem Völkerbundsrat zu überlassen.

SPD. Hannover, 22. April (Eig. Drahtb.)

-Der Ostern in Gillersheim bei Nordheim von Nationalsozialisten fürchterlich zugerichtete Schneider Schleppe ist jetzt seinen Verletzungen erlegen. Der 22jährige Schleppe, der freigewerkschaftlich organisiert war, aber keiner Partei angehörte, war der Ernährer seiner Mutter.

SPD. Bonn, 22. April (Eig. Drahtb.)

Der Nationalsozialist Freiherr von Eltz, der im September 1930 in einer öffentlichen Versammlung behauptet hatte, Polizeipräsident Zörgiebel habe am 8. November 1918 in Trier als Matrose in betrunkenem Zustande vor Zuchthäuslern, Zuhältern und Vaterlandsverrätern eine aufreizende Rede gehalten und sich deshalb jetzt vor Gericht zu verantworten hatte, wurde freigesprochen. Dabei hat der Freiherr in seinen Ausführungen zugleich von der Juden- und Schieberrepublik gesprochen und bemerkt, dass die Führer der Sozialdemokratie mit französischen Geldern bestochen worden seien. Der Staatsanwalt hatte drei Monate und zwei Wochen Gefängnis beantragt. Der Freispruch erfolgte, weil die Polizeibeamten in der Versammlung nur Stichproben gemacht und den Bericht zu Hause fertiggestellt hätten. Infolgedessen seien Irrtümer möglich.

Ein unglaubliches Urteil, wenn man sich daran erinnert, dass in der Monarchie selbst ein Gericht nicht wagte, einen Schutzmannseid anzuzweifeln.

SPD. Die Generalsynode der altpreuussischen Union hat am Mittwoch in öffentlicher Schlussitzung den Kirchenvertrag mit der preussischen Regierung mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen.

In der Abstimmung voraufgegangenen mehrtägigen Debatten wurden erhebliche Bedenken gegen die politische Klausel des Vertrages geltend gemacht.

SPD. London, 22. April (Eig. Drahtb.)

Im Oberhaus erlitt die Regierung am Mittwoch eine Niederlage. Mit 100 Stimmen Mehrheit verweigerten die Lords ihre Zustimmung zur Errichtung von landwirtschaftlichen Mustergütern. Das Unterhaus hatte bereits die notwendigen Geldsummen zur Errichtung dieser Demonstrationsfarmen bewilligt.

SPD. Köln, 22. April (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht in Gladbach-Rheydt verurteilte den früheren Kirchenrentanten Johann Florentz wegen Unterschlagung von 20 000 Mark Kirchengeldern zu zwei Jahren Gefängnis. Der Verurteilte war schon in der Vorkriegszeit wegen Unterschlagung von Gemeindegeldern zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

SPD. Braunschweig, 22. April (Eig. Drahtb.)

In Helmstedt hat sich Hitlers SA wieder grosse Ausschreitungen zuschulden kommen lassen. Frauen und Mädchen wurden geschlagen. Ein Reichsbannermann wurde niedergeworfen und, als er am Boden lag, mit Stiefelabsätzen und Schlagringen bearbeitet. Die Polizei wagte in vielen Fällen nicht einzugreifen, da die Hitlerleute dauernd betonten: "Wir sind die Polizei!" Die Polizeibeamten befürchteten anscheinend einen Angriff Franzens.

Die Willkürherrschaft des Ministers Franzens wird sich, wenn sie noch länger dauert, demoralisierend auf die Polizeibeamtenschaft auswirken. Als SA-Leute eine Baracke angreifen wollten und die Polizeibeamten endlich gegen die Horde vorgehen mussten, rief ein junger Polizeibeamter seinem älteren Kollegen zu: "Mensch, lauf nicht so, wir haben Zeit". Noch einige Beispiele solcher Art und das Vertrauen der ordnungsliebenden Bevölkerung zu den Organen der Polizei muss verschwinden.

# W N Aus s aller Welt

## Kinder als Zeitungsleser.

Eine aufschlussreiche Umfrage des "Deutschen Instituts für Zeitungskunde".

SPD. Der Kürten-Prozess hat das alte Problem "Kinder als Zeitungleser" besonders aktuell werden lassen. Die Tatsache, dass gerade Jugendliche aus allen möglichen psychologisch gut zu erklärenden Gründen Berichte über derartige Prozesse mit besonderer Leidenschaft zu lesen pflegen, hat alle verantwortlichen Journalisten bewogen, über den heiklen Stoff des Düsseldorfer Mordkomplexes zurückhaltend zu berichten, wie das nur eben möglich war. Oberstaatsanwaltschaftsrat Dr. Eich hat deshalb das Verhalten der Presse im Kürten-Prozess lobend hervorgehoben.

An verschiedenen Stellen Deutschland wurden in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Thema "Sensationsberichterstattung" Aussprachen zwischen Pädagogen und Zeitungsleuten geführt, in denen der Versuch gemacht wurde, festzustellen, wie weit tatsächlich Berichte über Mordprozesse und ähnliches jugendliche Gemüter nachteilig beeinflussen. Von pädagogischer Seite wurde zugegeben, dass früher oft die negative Wirkung von Prozessberichten usw. überschätzt worden sei. Der gesunde Jugendliche frisst zwar sehr viel in sich hinein, verarbeitet es aber doch nur in seiner Fantasie, nicht in seiner Moral. Schwierige Charaktere sind schwierig zu erziehen und neigen leicht zu asozialen Handlungen - ganz unabhängig von der Lektüre, die als Verführungsmoment meistens nur eine geringe Rolle spielt.

+

Eine grosszügige und objektive Rundfrage des "Deutschen Instituts für Zeitungskunde" in Berlin will nun noch tiefer schürfen und ganz allgemein festzustellen versuchen, wie es um die Zeitungslektüre des werdenden Menschen steht, dessen Geist sich erst bildet, dessen Kopf erst Weg und Ziel sucht. Hunderttausend Fragebogen wurden an Volksschulen und Gymnasien, Lyceen und Gewerbeschulen, Jugendverbände und Organisationen gesandt. Ein grosser Teil dieser Fragebogen ist bereits zurückgekommen und bearbeitet worden.

"Personennamen nicht nennen", stand auf jedem Fragebogen: die Anonymität des Antwortenden sollte gewahrt, jeder Gesinnungsschnüffelei vorgebeugt werden. Die Jugendlichen von 12 bis 20 Jahren, denen die Blätter zur Ausfüllung vorgelegt wurden, hatten an Personalien nur Wohnort, Lebensalter, Geschlecht, Schule und Berufsinteressen zu nennen. Dann folgten die Fragen: "Liest Du eine Tageszeitung? Regelmässig? Gelegentlich? Liest Du mehrere Tageszeitungen regelmässig oder gelegentlich? Welche Zeitungen sind dies? Welche Tageszeitung wird in Deiner Familie gehalten? Welche Teile der Zeitung interessieren Dich am meisten und warum? Wird die Tageszeitung in Deinem Schulunterricht herangezogen? In welchen Fächern? Welche Stellung nimmt Dein Lehrer der Zeitung gegenüber ein? Was hältst Du persönlich von der Zeitung?"

Der Zweck dieser Fragen ist leicht ersichtlich. Einmal sollte der offiziellen Einführung der Zeitungslektüre in den Unterricht vorgearbeitet werden, wie von der sozialdemokratischen Pädagogin Frau Dr. Wegscheide-Ziegler mit guten Gründen propagiert wird; dann aber sollte sich ein Bild von dem Verhältnis der Jugend unsrer Zeit zur Presse ergeben. Darüber hinaus wurde natürlich ein Querschnitt durch die gesamte geistige Situation der jungen Generation sichtbar.

+

Das bisherige Ergebnis der Umfrage zeigt die Tatsache, dass es unter den

Jungen und Mädchen von heute fast überhaupt keine "Nichtzeitungsleser" gibt. Von 1854 höheren Schülern zwischen 12 und 18 Jahren teilen nur 27 mit, dass sie keine Zeitung lesen; 1356 sind regelmässige, 471 unregelmässige Leser, 437 lesen mehrere Blätter. Und mehr als 200 lesen nicht die in ihrer Familie gehaltene Zeitung, sondern ein anderes Blatt, eine bemerkenswerte geistige Selbständigkeit.

Besonders interessant sind die Zahlen bei den Volksschülern. Von 435 Jungen einer Berliner Gemeindeschule lesen nur drei keine Zeitung, 274 lesen regelmässig und 158 gelegentlich. 62 lesen nicht das Blatt ihrer Eltern, 56 interessieren sich ständig auch für andere Blätter. Von 476 Volksschülerinnen lesen nur neun keine Zeitung, 214 lesen regelmässig. Von 504 Berufsschülern zwischen 15 und 18 Jahren lesen acht keine Zeitung, 370 lesen regelmässig, 80 lesen eine andere als die im Elternhaus.

Warum Zeitung gelesen wird, ist oft recht hübsch begründet. "Ich lese Zeitung, weil es Pflicht jeden jungen Menschen ist, am Leben seiner Zeit teilzunehmen!" wurde häufig geantwortet. Die politischen Argumente finden sich am meisten; sie ergeben das Bild einer politisch geradezu ungeheuer aktivierten Jugend, die in allen öffentlichen Dingen, an allen Vorgängen in und um den Staat teilzunehmen wünscht: eine Generation von werdenden Staatsbürgern: Staatsbejahung ist unvergleichlich viel mehr anzutreffen als Ablehnung des bestehenden Staates. Eine lange Reihe der Antwortenden beschwert sich bitter über den ausfallenden Ton der Radaupresse. Oft erfreut auch die Sachlichkeit vieler Antworten, aus denen ein geistiges Bemühen um Verständnis für unsere in den Zeitungen gespiegelte Zeit der Gesellschaftsspannungen und Wirtschaftskämpfe ersichtlich ist. Nicht altklug, sondern einfach klug sind die Antworten vieler Arbeiterkinder, die wissen, dass es für sie noch ein zu erkämpfendes Ziel im Leben gibt, wenn dieses Leben einen Sinn haben soll.

+

Wie Zeitung gelesen wird, ist recht eingehend beantwortet. Favorit aller Interessengebiete ist natürlich der politische Teil des Blattes; dann kommt gleich der Sport. Unterhaltung, Reportage und Unfallchronik stehen an nächster Stelle - letztere hauptsächlich dank den Mädchen. Sie lesen merkwürdig gern die Berichte über die Katastrophen, Strassenunfälle, Selbstmorde, Morde und ähnliches. Auf die Frage, warum dieses Thema sie besonders interessiere, antworten sie u.a.: "Weil es so schön schaurig ist", "Weil ich mich selbst vor Unfällen hüten will", oder "Weil ich Mitleid mit den Menschen habe". Die Herren vom Institut für Zeitungskunde hatten übrigens erwartet, dass die Mädchen als besondere Interessengebiete Romane und Heiratsanzeigen angeben würden. Das Resultat fiel ganz anders aus. Romane stehen an neunter, Heiratsanzeigen gar an vierzehnter Stelle.

Noch ist die endgültige Bearbeitung der gesamten Rundfrage nicht möglich, da von den 100 000 Bogen erst 60 000 zurückgekommen sind. Die umfassende Hilfe, die in den Kreisen fortschrittlicher und vernünftiger Pädagogen der Durchführung der Rundfrage gewährt wird, erleichtert das schwierige Werk. Der moderne Lehrer weiss, dass die Zeitung ein unentbehrliches Hilfsmittel für jede Erziehungsarbeit darstellt - allerdings nur dann, wenn eigenes Wissen, Taktgefühl und möglichste Objektivität ihm selbst zu eigen sind.

Abgebranntes Schwedentheater. Das Volkstheater in Eskilstuna (Mittelschweden) wurde durch einen Brand völlig zerstört. Das Theater war die grösste Freiluftbühne Schwedens. Der Sachschaden ist bedeutend. Sofort nach Beendigung der Aufräumarbeiten soll mit dem Wiederaufbau des Theaters begonnen werden.

+

+

+

## Neunfaches Todesurteil!

---

SPD. Düsseldorf, 22. April (Eig. Drahtb.)

Im Kürten-Prozess verkündete Landgerichtsdirektor Rose am Mittwoch-Nachmittag nach 4 Uhr folgendes Urteil des Schwurgerichts: "Der Angeklagte ist des Mordes in neun Fällen und in zwei Fällen der Notzucht und der gewaltsamen Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig. Er wird für jeden Fall des Mordes mit dem Tode bestraft, ferner wegen Mordversuchs in sieben Fällen zu einer Gesamtstrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Ausserdem wird er unter Polizeiaufsicht gestellt. Die zu den Taten benutzten Instrumente werden vom Gericht eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last".

Der Angeklagte nahm das Urteil an. Auch die Staatsanwaltschaft verzichtet auf Rechtsmittel. Kürten liess sich ruhig abführen.

Das Gericht ist in seinem Urteil dem Antrage des Staatsanwaltes gefolgt. Der Wortlaut der Sachverständigengutachten, die übereinstimmend die geistige Zurechnungsfähigkeit Kürtens feststellten, liess keine andere Entscheidung zu. Staatsanwaltschaftsrat Jansen wurde mit seiner Feststellung, dass bei den Hauptverbrechen Kürtens das Moment der Ueberlegung stets vorhanden gewesen sei, vom Gericht bestätigt, ebenso Oberstaatsanwalt Dr. Eich, der die Anträge formuliert. Dr. Eich schloss sein Plädoyer, indem er die Meinung vertrat, dass Kürten, der dank seiner hochentwickelten Intelligenz seine sadistische Neigungen habe bekämpfen können, mit den Worten: "Das Gesamtbild der Taten und der Täterpersönlichkeit enthüllt eine solche abgrundtiefe Verkommenheit und eine solche Gefährlichkeit des Täters, dass man nur hoffen kann, dass sich solche Taten niemals wiederholen mögen. Wenn ein Lustmörder jemals die Todesstrafe verdient hat, so ist das Peter Kürten".

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wehner, plädierte auf Totschlag. Er stützte sich in seiner Rede besonders auf die Tatsache, dass die Verhandlung in vielen Fällen unmöglich gewesen sei, wenn Kürten nicht sein eigener Staatsanwalt gewesen wäre.

Kürten selbst brauchte für sein Schlusswort anderthalb Stunden. In geradezu widerlicher Weise versuchte er sich an das Gericht, dessen Zusammensetzung er für sehr geistreaktionär zu halten schien, anzubiedern. Nachdem er sich dann bei der Presse für die zurückhaltende Berichterstattung bedanken zu müssen glaubte, zog er gegen die freireligiöse Propaganda zu Felde, die nach seiner Meinung das Familienleben zerstöre. Dann wies er auf die Eindrücke seiner unglücklichen Jugend hin und machte geltend, wie leicht ihm seine Taten durch die Opfer, die bereitwilligst nachts mit ihm in den Wald gegangen wären, selbst gemacht worden wären. Manches Mädchen habe vielleicht gedacht, er würde ihr Bräutigam - "der Drang nach dem Mann nimmt ja immer ungewöhnlichere Formen an". (Vors.: "Verscherzen Sie sich durch solche Ausführungen nicht noch den letzten Rest von Sympathie!")

Kürten nahm das Urteil ohne jede Erregung an.

Neues Filmverbot. Die Berliner Filmprüfstelle hat unter Vorsitz von Regierungsrat Dillinger Verneuels vertonfilmte Komödie "Die Cousine aus Warschau" verboten, weil der Film "entsittlichende Wirkungen" habe: einige der handelnden Personen würden so leichtsinnig dargestellt, dass das Ganze "den Charakter der Frivolität" erhalte, ausserdem seien die Eheleute des Films "jederzeit zum Ehebruch bereit."...

Elli Beinhorns Rückkehr. Die deutsche Fliegerin Elli Beinhorn, die mit ihrem Klemm-Flugzeug in der Sahara verunglückte, ist aus Dakara (französisch Ostafrika) kommend, mit dem Postflugzeug in Casablanca eingetroffen. Ein von dem Flieger Osterkamp gesteuertes Ersatzflugzeug, ebenfalls eine Klemm-Maschine, ist gleichfalls in Casablanca angekommen. Mit dieser Ersatzmaschine wird Elli Beinhorn nach Deutschland zurückfahren.

+ + +  
Jack Diamond verhaftet. In Catskill (am oberen Hudson in USA) wurde der aus New York verbannte Bandenführer Jack Diamond verhaftet, weil seine Komplizen einen Überfall auf einen mit Getränken beladenen Lastwagen verübt und den Chauffeur misshandelt hätten. Die Verhaftung Diamonds erfolgte auf Veranlassung eines New Yorker Touristenbüros, das eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs am oberen Hudson-Gebiet befürchtete, wenn nicht der Bande Jack Diamonds, die dieses Gebiet besonders bevorzugte, das Handwerk gelegt werden würde.

+ + +  
Grossfeuer. Am Mittwoch mittag wurde ein grosser Teil der Lederwerke Adler & Oppenheimer in Neumünster (Holstein) vernichtet. Etwa 200 Arbeiter werden dadurch erwerbslos.

+ + +  
Verurteilter Juwelendieb. Vom Schöffengericht Frankfurt/Main wurde am Mittwoch der Frankfurter Kaufmann Hirsch wegen Juwelendiebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Dem Prozess lag ein interessanter Tatbestand zugrunde: Im Dezember vorigen Jahres wurde einem Frankfurter Juwelier aus seinem Geschäft eine Tasche mit Brillanten im Werte von 10 bis 12 000 Mark entwendet. Die Tasche wurde später im Hof des Hauses gefunden, aber es fehlten von dem wertvollen Inhalt 6 Brillanten, die einen Einkaufswert von 5000 Mark hatten. Der Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, traf die Putzfrau. Die Frau, die schon 16 Jahre in dem Geschäft tätig war, bestritt die Täterschaft "Indizien" sprachen gegen sie. Der Staatsanwalt wollte schon die Anklage erheben, als sich plötzlich ihre völlige Unschuld herausstellte. Die Kriminalpolizei hatte nämlich einen Hanauer Juwelier festgenommen, der 5 Brillanten verkauft hatte, die zu dem Diebesgut gehörten. Der 6. Brillant wurde in dem Kassenschrank des Frankfurter Kaufmanns Hirsch gefunden. Hirsch, der in bürgerlichen Sportkreisen eine grosse Rolle spielte - er war 2. Vorsitzender des Frankfurter Ruderklubs - hatte die Tasche entwendet, als er das Geschäft des Frankfurter Juweliers, mit dem er sehr gut bekannt war, besucht hatte, um einmal rasch zu telefonieren. Hirsch, dessen Frau in Frankfurt ein Schirmgeschäft besass, führte ein sehr leichtes Leben und musste sich kürzlich in eine Heilanstalt begeben, um seiner Rauschgiftsucht durch eine Entziehungskur zu begegnen. In diesem Zusammenhang schwebt gegen ihn noch ein Verfahren wegen Rezeptfälschung. Er hat 58 Rezepte gefälscht, um in den Apotheken das Opiumpräparat "Dicodit" zu bekommen.

Die scheinbare Milde des Urteils in der Diebstahlsache wird in der Urteilsbegründung des Gerichts damit erklärt, dass es sich bei dem Täter um einen Psychopathen handele. Der Hanauer Juwelier wurde freigesprochen, da er die Brillanten von Hirsch im guten Glauben erworben habe.

+ + +  
Der ungetreue GDA-Direktor. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann am Mittwoch die Verhandlung gegen den früheren Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Dr. Matthiessen, der seine Organisation um etwa dreiviertel Millionen Mark geschädigt hat. Die Anklage lautet auf Urkundenfälschung, Betrug, Untreue und Unterschlagung. Als die Unterschlagungen aufgedeckt wurden, war der Angeklagte bereits mit seiner Frau nach Südamerika geflohen, kehrte aber freiwillig zurück, als er erfuhr, dass der Staatsanwalt einen Steckbrief hinter ihm erlassen hatte. Vor Gericht behauptet Dr. Matthiessen, dass er nur im Interesse der Bundessache Gelder seines Verbandes angegriffen habe.



# Gewerkschaftliche Rundschau

## Saisonentlastung.

### Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in der ersten Aprilhälfte ist, wie die Reichsanstalt mitteilt, durch einen Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 212 000 und die Entwicklung der Krisenfürsorge durch einen Rückgang um rund 34 000 gekennzeichnet. Dadurch hat die Entlastung einen grösseren Umfang angenommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter Mitte April rund 2 105 000 und in der Krisenfürsorge 890 000. Dadurch ist die Ueberlagerung in den beiden Unterstützungseinrichtungen gegenüber dem Vorjahr auf rund 833 000 zurückgegangen.

Nicht in gleichem Umfang wie die Entlastung der Versicherung und der Krisenfürsorge hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes feststellen lassen; denn nach der Berechnung der Arbeitsämter ist die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der ersten Aprilhälfte um etwa 120 000 zurückgegangen. Zum Teil lässt sich das damit erklären, dass bei der starken Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in der Frühjahrsaison Schwierigkeiten bei der Erfassung der Arbeitslosen an einem einzigen Stichtag entstehen können. Da überdies die Bewegung in der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinden für den neuesten Berichtszeitraum im Zu- und Abgang nicht bekannt ist, muss von der Zahl von rund 4 628 000 Arbeitslosen um Mitte April ausgegangen werden.

Der Abruf von Arbeitskräften in die Landwirtschaft geht, wenn auch nur zögernd, weiter. Beim Baugewerbe ist die Entwicklung im Tiefbau besser als im Hochbau; daher erfolgt eine kräftigere Vermittlung von ungelernten Arbeitern als von Facharbeitern; im übrigen herrscht im Baugewerbe infolge des Wetters noch starke Fluktuation. Der Steinkohlenbergbau hat besonders im Ruhrbezirk die Belegschaften weiter abgebaut und neue zahlreiche Feierschichten eingelegt. Die Lage der Braunkohle ist etwas besser. Die eisenerzeugende Industrie zeigt keine fühlbare Entlastung. Bei der Metallverarbeitung ist in wichtigen Bezirken wenigstens der Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand gekommen. Die Automobil-, Fahrrad- und Waggonfabriken zeigen eine leichte Besserung. Im Holzgewerbe verraten nur die Sägewerke und Bautischlereien einen leichten Auftrieb. In der Textil- und in der Bekleidungsindustrie ist, mit Ausnahme von Sachsen, eine langsame Besserung des Beschäftigungsgrades zu beobachten. Die Tabakindustrie ist weiter aufnahmefähig.

Aus allen Bezirken liegen Meldungen vor, wonach Jugendliche aus fast allen Berufsgruppen nach Beendigung der Lehrzeit sich arbeitslos melden. Bei den kaufmännischen, technischen und Büro-Angestellten ist eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades zu beobachten.-

+ + +

Die starke Differenz in der Unterstütztenziffer der Arbeitslosenversicherung und der Zahl der Arbeitssuchenden in Höhe von rund 100 000 lässt sich zweifellos zu einem guten Teil dadurch erklären, dass eine Menge Arbeitskräfte ohne die öffentliche Arbeitsvermittlung lediglich durch direkten Abruf bei den Arbeitgebern wieder in Arbeit gekommen ist. Es handelt sich nicht um eine Massenabwanderung von Arbeitslosen aus der Versicherung in die Wohlfahrt. Im Frühjahr geht es bei dem Rückstrom der Arbeitskräfte auf Arbeitsmarkt umgekehrt

wie im Herbst, wo die Unterstützungsziffer der Arbeitsuchendenziffer folgt und also später ansteigt, weil die Unterstützung nicht sofort mit dem Tag der Arbeitslosmeldung einsetzt.

Von einer konjunkturellen Belebung ist noch immer nichts zu spüren. Immerhin bringt die Saisonentlastung der Arbeitslosenversicherung eine nicht unbedeutliche Erleichterung. Es besteht also jedenfalls vom Arbeitsmarkt her kein Anlass, schon wieder die Arbeitslosenunterstützung zu verschlechtern. Der neuerdings an manchen Stellen so auffallend betonte Pessimismus erscheint uns nicht begründet. Dass die Situation ernst genug ist, braucht man niemand zu sagen. Systematische Schwarzmalerei ist jedoch nicht am Platz. Manche Leute tun so, als ob nur von Amerika allein eine allgemeine Belebung erwartet werden könne, und weil drüben neuerdings die Entwicklung des Arbeitsmarktes wieder pessimistischer beurteilt wird, schliessen sie daraus, dass es nun in Deutschland bestimmt noch viel schlechter werde. Man darf nicht vergessen, dass Amerika zur Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die Deutschland wenigstens einigermaßen hinter sich hat. Amerika hat zum Beispiel noch keinen Arbeitslosenschutz, überhaupt keinen nennenswerten Sozialschutz. Jetzt muss es allmählich sich um die Opfer der Krise kümmern, und die dadurch entstehenden Kosten müssen natürlich von der Wirtschaft getragen werden. Man sieht, die deutsche Sozialversicherung hat doch nicht nur Schattenseiten, wie die Unternehmer der Öffentlichkeit ständig einzureden versuchen. Auch in der Exportfrage ist nach wie vor die Stellung Deutschlands nicht ungünstig. Mit billigen Rohstoffen und billigem Lohn kann man doch sehr gut exportieren.

Der Zweckpessimismus mancher Stellen ist allzu durchsichtig. Man ruft: SOS, damit die Arbeitslosenversicherung grettet werden kann. Bei einer Rettungsaktion kann man nicht viel Umstände machen. Manches Wertvolle geht über Bord. Aber die "Rettung" rechtfertigt das ja.

-----

SPD. Mit Aufmerksamkeit verfolgen die Scharfmacher den Verlauf der Betriebsrätewahlen. Wo es ihnen nur irgendwie möglich ist, versäumen sie nicht, den Kommunisten und den Gelben durch Hervorhebung ihrer Erfolge neuen Mut zu machen. Mit grösstem Fleiss rechnen sie fortlaufend zusammen, was Kommunisten, Nationalsozialisten und Werkvereiner da und dort bei den Wahlen herausgeholt haben. Was an Wahlergebnissen vorliegt, wird von den Blättern der Scharfmacher recht offenherzig ausgedeutet.

So glaubt z.B. die "Bergwerkszeitung" aus den Wahlergebnissen herauslesen zu können, dass die Arbeiterschaft mit der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre nicht mehr so einverstanden sei wie bisher. Die früher mit jeder Art von Unzufriedenheit verbundene Linksschwenkung der Arbeiterschaft fange jetzt an, durch eine deutlich in Erscheinung tretende Rechtsschwenkung abgelöst zu werden. Auch in der Arbeiterschaft seien neue Kräfte am Werden, die nach Geltung drängten. Diese Entwicklung könne auf die Dauer "nicht ohne Rückwirkung bleiben in bezug auf das Tarifmonopol der sogenannten" anerkannten "Gewerkschaften und auf deren Taktik bei Arbeitsstreitigkeiten".

Man sieht: die Scharfmacher machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Sie sagen ganz offen, was sie von einem Erfolg der Kommunisten, Nationalsozialisten und Gelben erhoffen: Zersplitterung der Arbeiterfront in den Tarifikämpfen. Sie wissen: Wenn erst einmal die Gelben, die RGO-Leute und sonstigen Quertreiber tarriffähig sind, dann hat das Unternehmertum in den Arbeitskämpfen ein leichtes Spiel. Also: teile und herrsche!

Noch sind wir aber erfreulicherweise nicht so weit. Die Betriebsrätewahlbewegung zeigt, dass die Gewerkschaften sich sehr gut halten. Berücksichtigt man, dass sie ihren Kampf unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen führen müssen - so ungünstig, wie noch nie zuvor - dann ist der Erfolg auf ihrer Seite und nicht auf der ihrer Gegner.

-----

SPD. Der Lohnspruch für die badische Textilindustrie, der einen Abbau von 5% vorsieht, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

SPD. Die Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes tritt am kommenden Montag in Bochum zusammen. Den Auftakt der Konferenz bilden Massenversammlungen der Bergarbeiter am nächsten Sonntag, in denen über die Wirtschaftslage und über die Knappschaftsfrage gesprochen wird.

Die Kommunisten brüten wieder einmal Sturmpläne aus. Sie möchten ein bisschen streiken - in einer Zeit, wo die Feierschichten zunehmen. Allem Anschein nach sind sie mit ihrem Betriebsrätewahlergebnis im Ruhrbergbau doch nicht so zufrieden, wie ihre Presse den Anschein erweckte. Die Herrschaften hatten sich Grosses versprochen; denn sie hatten, wie die Unternehmerpresse feststellt, die gesamte kommunistische Partei mobilisiert, und auch die kommunistisch beeinflussten sogenannten überparteilichen Organisationen wie Kultur- und Sportverbände restlos in die kommunistische Werbearbeit eingespannt.

SPD. Bei der Betriebsrätewahl im Leunawerk war es der RGO gelungen, einen Sitz mehr zu erringen, als die freien Gewerkschaften erzielten. Die kommunistische Presse stimmte darob ein wahres Freudengeheul an, sodass man annehmen musste, von jetzt ab werde im Leunawerk ein ganz scharfer Wind wehen. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten; denn das Ergebnis der geheimen Abstimmung über die Arbeitsruhe am 1. Mai lautet: für Arbeitsruhe 36% der Belegschaft, dagegen 52,6% und ungültige Stimmen 11%.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

SPD. Eine Delegation des Niederländischen Gewerkschaftsbundes ist nach Ostindien abgereist, um dort mit der indonesischen Gewerkschaftsbewegung Fühlung zu suchen. Die Delegation besteht aus dem Bundesvorsitzenden Kupers und den Vorsitzenden des Metallarbeiter- und des Eisenbahnerverbandes Danz und Moltmaker. Der Aufenthalt in Ostindien wird voraussichtlich 6 Monate dauern.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloss, den Bericht des Direktors über den Stand und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorläufige Stellungnahme der Europakommission zu übersenden. Die Aussprache über die Arbeitslosenfrage wird vom Verwaltungsrat auf einer seiner späteren Sitzungen weitergeführt.

SPD. Die Verhandlungen über Verkürzung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau brachten noch keine Einigung der Parteien. Die Arbeitgeber unterbreiteten einen neuen Vorschlag, wonach auch in den Tiefbaubetrieben die Arbeitszeit um - 15 Minuten gekürzt werden soll und zwar in Verbindung mit einer entsprechenden Kürzung der Schichtlöhne. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am kommenden Montag fortgesetzt.

SPD. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Rheinschiffahrt, die am Donnerstag in Düsseldorf beginnen sollten, finden erst am Sonnabend statt.



Kommunaler Noterlass in Preussen.

(Von Georg Reuter, Gesamtverband.)

SPD. Der preussische Finanz- und der preussische Innenminister haben an die Regierungspräsidenten, Landräte, Gemeinden, Gemeindeverbände usw. einen Runderlass herausgegeben, der darauf hinweist, dass die "Schwierigkeiten des Haushaltsausgleichs in vielen Fällen Abstriche, selbst bei dringenden auch Pflichtausgaben notwendig machen, die nicht mehr als echte Ersparnis, sondern als durch die Not diktierte Drosselung zu charakterisieren sind."

Beim Kapitel Personalersparnis heisst es wörtlich: "Eine nicht unbedeutliche Ersparnis wird durch die Einführung einer Einstellungs- und Beförderungssperre für Beamte und Angestellte erreicht werden können. Bei Angestellten und Arbeitern würde darüber hinaus an sich eine Verminderung durch Entlassungen möglich sein. Da solche Massnahmen bei dem gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit aufs äusserste unerwünscht waren, wird statt dessen eine Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf etwa 40 Stunden in der Woche in Frage kommen."

Seit Monaten sind die preussischen Aufsichtsbehörden damit beschäftigt, die kommunalen Besoldungsordnungen und die vielfach auf ihnen beruhenden Vergütungsverordnungen für die Angestellten zu überprüfen. Vielfach sind recht schematische, in Einzelfällen aber auch berechnete Herabgruppierungen vorgenommen worden. Diese Stelle des Erlasses lässt den Schluss zu, dass diese Kürzungs- bzw. Herabgruppierungswelle bei den Beamten und Angestellten noch keineswegs abgeschlossen ist. Ausserordentlich begrüssenswert ist, dass die preussischen Minister wohl im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung Entlassungen von Gemeindearbeitern und Gemeindeangestellten als aufs äusserste unerwünscht bezeichnen und eine Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf etwa 40 Stunden je Woche in Vorschlag bringen. Diese Massnahme entspricht der schon früher eingenommenen Haltung der preussischen Staatsregierung in der Verkürzung der Arbeitszeit.

Ungerecht und unsozial ist hingegen die Stelle des Erlasses, in der die Gemeinden darauf hingewiesen werden, wesentliche Ersparnisse dadurch zu erzielen, dass die Aufwendungen der Gemeinden für Ruhegelder und Ruhelöhne für die Angestellten und Arbeiter auf das bei Reich und Staat geltende Mass herabzusetzen. Die Ruhelohnberechtigung der Gemeindearbeiter und Gemeindeangestellten als Teil des sozialen Tarifvertragsrechts ist stets mit einem bestimmten Wert bei der Lohnhöhe der Gemeindearbeiter und Gemeindeangestellten bemessen worden. Sie ihnen jetzt mit einem Federstrich zu nehmen, muss selbst die vorhandene Not, die von keinem Menschen unterschätzt wird, verbieten. Dass im Erlass. Unterstützungen für Vertretungskosten, Jeberstundenvergütungen, Reisekosten und Fahrgelderstattungen möglichst beschränkt werden sollen, ist verständlich. Die Beträge für Ueberstundenvergütungen können restlos gestrichen werden; denn auf sie muss im Zeichen der Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen verzichtet werden. Wo sie trotzdem in lebenswichtigen Betrieben erforderlich sind, müssen sie abgefeiert werden, wie das auch in einer zentralen Vereinbarung zwischen dem kommunalen Arbeitgeberverband und den Arbeitnehmerverbänden festgelegt worden ist.

Beim Kapitel Wohlfahrtsausgaben heisst es wörtlich: "Die Richtlinien wer="

den - ohne dass eine schematische Herabsetzung aller Einzelrichtsätze um den gleichen Hundertsatz erfolgen müsste - doch dem gesunkenen Lebenshaltungsinde= dex angepasst werden können. Wichtiger als die Richtsätze selbst ist, was die Gemeinden als Gesamtausgabe je Partei der einzelnen Unterstützungszweige lei= sten, d.h. die tatsächlichen Ausgaben je Partei nicht nur an laufenden Barun= terstützungen und Sachaufwendungen aller Art." Dass man nicht nur die Barlei= stungen, sondern auch die neben ihnen gewährten Zusatzunterstützungen und Sach= aufwendungen zur Gesamtleistung je Partei als Gesamtleistung der gewährten Un= terstützung bei ihrer Bewertung hinzurechnen muss, erscheint billig und ge= recht. Notwendiger als eine solche Mahnung an die Gemeinden wäre gewesen, sie von den sich von Monat zu Monat steigernden Lasten für die Wohlfahrtserwerbs= losen und Krisenunterstützten ganz oder teilweise zu entbinden. Völlig ver= fehlt ist der Teil des Erlasses, der besagt: "Fürsorgearbeiten können durch Ein= führung der Kurzarbeit (32 Wochenstunden) und durch Anwendung eines möglichst niedrigen Tarifes wesentlich verbilligt werden". Die preussische Staatsregie= rung darf sich nicht darüber täuschen, dass die so starke Verminderung der Wo= chenstundenzahl für die beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen und dazu noch die Anwendung eines vielleicht an sich nicht zutreffenden, aber ausserordentlich niedrig liegenden Tarifvertrages eine hohe staatspolitische Gefahr in sich trägt. Arbeiten die Wohlfahrtserwerbslosen in der Gemeinde, dann muss ihre Wochenstundenzahl gleich bemessen sein mit der der Stamarbeiter und ihre Löh= ne müssen ihren Leistungen entsprechen. Dann kann man gerechterweise Unmut zurückweisen, nicht aber bei der Sachlage, wie sie der Erlass schafft. Höchst gefährlich ist auch, wenn den Gemeinden empfohlen wird, Zusatzleistungen für Er= werbslose, die noch nicht ausgesteuert sind und für die von der Krisenunter= stützung betreuten, laufende Zusatzleistungen nicht mehr zu gewähren. Wo sie noch gewährt werden, geschieht es bei kinderreichen Familien und alleinstehen= den Krisenunterstützten, deren Sätze wahrhaft nicht ausreichen, um leben zu können.

Beim Kapitel "Hoch- und Tiefbau" geht der Erlass so weit, dass er die Auf= wendungen für Wegeunterhaltung in vielen Fällen einfach dadurch senken will, dass verkehrspolizeiliche Anordnungen die Inanspruchnahme der Wege und Stras= sen durch Kraftwagen ausschliessen oder erheblich einschränken (z.B. durch Verbot für Lastkraftwagen bestimmter Art). Soll es tatsächlich so weit kommen, dass man die an sich schlechten Stadt= und Landstrassen völlig in Grund und Boden fahren lässt? Ebenso bedenklich ist die Bestimmung, dass die Ausgaben für Kanalisation, Strassenreinigung, Müllabfuhr und dergleichen, von Ausnahme= fällen abgesehen, durch die zu erhebenden Gebühren oder Beiträge gedeckt wer= den müssen. Es werden so notwendige, insbesondere der Gesundheitsfürsorge und Hygiene dienende Erhaltungs= und Ausbauarbeiten unterbleiben, die sich bald rächen werden. Ueberflüssig scheint der Hinweis, die Versorgungs= und Ver= kehrsbetriebe stärker als bisher zur Entlastung der gemeindlichen Haushalte heranzuziehen, da die Betriebe bereits jetzt schon durch die starken Anforde= rungen ausgepumpt sind.

Es handelt sich um Notmassnahmen. Manche von ihnen kann ohne Gefährdung öffentlicher Interessen, wenn auch unter erheblichen Opfern der Betroffenen, durchgeführt werden. Ja, ihre Durchführung ist sogar erwünscht, wenn die stei= gende Arbeitslosigkeit nicht eines guten Tages alles in das Chaos reissen soll. Alle Mittel und Wege, auch die begrüssenswerten in diesem Erlass, blei= ben aber Palliativmittel, wenn die Last für die Wohlfahrtserwerbslosen nicht von den Kommunen genommen wird und ihnen an Stelle der kurzfristigen Anleihe= verschuldung langfristige Kredite für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen eingeräumt werden.

SPD. Das Reichskabinett, das am Donnerstag seine gemeinschaftlichen Arbeiten wieder aufnehmen wird, hat sich u.a. mit den von der Grünen Front aufgestellten neuen Zollforderungen zu beschäftigen. Es handelt sich zum Teil um ausgesprochene Agitationsforderungen. Sie werden der Landwirtschaft nicht nützen, andererseits aber eine Reihe von Lebensmitteln sinnlos verteuern.

Da ist zuerst die Forderung nach Erhöhung des Schweinezolls von 27 auf 50 Mark. Die Einfuhrverhältnisse beweisen, dass die Schweinepreisbildung in Deutschland von den Beständen und dem Angebot im eigenen Land abhängt. Die Einfuhr beeinflusst die Schweinepreisbildung so gut wie gar nicht. Man wird die rückläufige Entwicklung der Schweinepreise, die in der deutschen Schweinekrise begründet ist, durch einen höheren Zoll nicht abstoppen können. Hier sind Veränderungen auf dem Produktionsgebiet notwendig. Ohne Einfluss auf die Preisbildung dürfte auch die Aufhebung des Zwischenzolls für Speck bleiben. Dagegen dürfte der geforderte höhere Schmalzzoll gerade ein Lebensmittel verteuern, auf das die breite Bevölkerung, also vor allem das Heer der Arbeitslosen, angewiesen ist. Weiter wird die Erhöhung des Zolls für Hülsenfrüchte verlangt. Bei Erbsen ist der Zoll mit 15 Mark schon aussergewöhnlich hoch. Der hohe Zoll hat auch die Einfuhr abgedrosselt, so dass die Preisbildung durch die Erbseneinfuhren nicht beeinflusst wird. Der geforderte höhere Zoll wird aber stärkere Auswirkungen auf den Bohnen- und Linsenpreis haben.

Ein besonderes Kapital ist die Forderung nach einem höheren Haferzoll. Die Dinge liegen so, dass der höhere Haferzoll die Landwirtschaft bewegen wird, an Stelle von Hafer mehr Roggen zu verfüttern. Das steht aber im Widerspruch zu den Massnahmen, die in unserer Getreidewirtschaft ergriffen werden müssen. Angesichts der Knappheit an Roggen gehen die Bestrebungen dahin, der tierischen Ernährung Roggen zu entziehen und diese Mengen der menschlichen Ernährung zuzuführen. Ein höherer Haferzoll würde diese Umstellung hemmen. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Regierung die Wünsche nach einem höheren Haferzoll glattweg ablehnen wird.

Der Präsident des Reichslandbundes hat am Mittwoch an den Reichskanzler Brüning einen Brief gerichtet, in dem nochmals die Forderung nach höheren Schweine-, Vieh-, Speck-, Schmalzzöllen usw. unterstrichen und die Beseitigung der Zollbindungen für Eier, Obst, Gemüse, Wein und Holz verlangt wird. Ausserdem warnt der Reichslandbund vor der Zollunion mit Oesterreich und vor den deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen, bei denen mal "wieder die deutsche Landwirtschaft geopfert" werden soll.

---

SPD. Die grosse Hochwasserkatastrophe der Jahre 1926/27 in dem rund 380 qkm umfassenden Gebiet der Havelniederungen, die der Landwirtschaft dieses Gebietes grosse Schäden zufügte, hat den Wunsch hervorgerufen, derartige Schäden durch eine durchgreifende Verbesserung der Vorflutverhältnisse unmöglich zu machen. Hervorgerufen sind die etwa alle 30 Jahre auftretenden gewaltigen und langdauernden Uberschwemmungen durch das Zusammentreffen zweier Ströme von sehr unterschiedlichem Verhalten:

Das Hochwasser der Elbe tritt, noch bevor die Hochwasserwelle der Havel herangenahet ist, in das in der Nähe der Mündung ungedeichte Havelgebiet ein; bei seinem Rückgang folgt dann die durch zahlreiche Seen zurückgehaltene Hochwasserwelle der Havel und hält das überschwemmte Gebiet weiter unter Wasser. Während nun die Havelanwohner an der Fernhaltung des Elbehochwassers interessiert sind, erblicken die Elbanwohner in dem Speicherraum der Havelniederungen ein wichtiges Mittel zur Entlastung ihres eigenen Stromgebietes und zum Schutz der Elbedeiche. Die widerstreitenden Interessen vereitelten bisher eine Lösung des Problems. Nunmehr ist in gemeinsamer Zusammenarbeit des Reichs und Preussens ein Entwurf ausgearbeitet worden, der die Zustimmung beider Interessentenkreise gefunden hat. Der Entwurf sieht zunächst an der Stelle der jetzi-

gen Havelmündung eine Wehr vor, das den höchsten Wasserstand der Elbe von den Havelniederungen abhalten kann; ferner ist ein Kanal mit einer Schleuse geplant, der die Havel oberhalb Havelberge mit der Elbe verbindet und die Schifffahrt übernimmt. Schliesslich zweigt unterhalb Havelberge vom Havellauf ein Vorfluterkanal ab, der etwa 16 km stromabwärts in die Elbe einmündet. Steigt der Elbewasserstand, so wird das Wehr solange geschlossen gehalten, als das Elbehochwasser dem Elbestromgebiet selbst nicht schädlich wird. Steigt es weiter, so werden die Havelniederungen zur Aufnahme des Elbehochwassers freigegeben. Fällt das Elbehochwasser, so wird die nun ankommende Havelhochwasserwelle durch den neuen Vorfluterkanal infolge seines stärkeren Gefälles rasch abgeführt. Durch diese Massnahmen würde die Spitze des Elbehochwassers rasch gebrochen, bei mittlerem Elbehochwasser bliebe die Havelniederung ganz hochwasserfrei. In den seltenen Fällen ihrer Ueberschwemmung würde aber der Vorfluterkanal das Wasser rasch wieder abführen, sodass nur noch kurzzeitige Ueberschwemmungen eintreten könnten.

Das Projekt ist infolge seines allen Interessen gerecht werdenden Charakters als eine ideale Lösung des Problems anzusprechen. Seine Ausführung scheidet jedoch gegenwärtig an dem hohen erforderlichen Kostenaufwand, der auf 40 Millionen RM beziffert wird. Näher liegt eine vereinfachte Lösung des Problems, die in erster Linie nur die Ueberschwemmung der Havelniederungen bei mittleren Elbehochwasserständen anstrebt und deren Ausführung auf 12 Millionen Mark beziffert wird. Eine Einigung über die zu treffenden Massnahmen ist zwischen Preussen und dem Reich bisher noch nicht erzielt worden. Die Entscheidung wird jedoch, wie immer sie ausfallen möge, einen wichtigen Gesichtspunkt zu berücksichtigen haben: unter allen Umständen müssen die gegenwärtig zu treffenden Massnahmen dergestalt sein, dass sie in die Durchführung des grossen Endprojektes, das früher oder später doch einmal zur Ausführung gelangen muss, hineinpassen, d.h. die ideale Lösung darf durch sie nicht gestört oder erschwert werden.

-----

SPD.Deutschland steckt seit Monaten wieder einmal im Oelfieber. Das ist nicht zum ersten Mal der Fall. Jedesmal, wenn man im grösseren Umfange auf Oel stiess, hat sich das spekulativ ausgewirkt, so z.B. in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo das Oelfieber vielen Leuten recht harte Verluste brachte. Wenn sich jetzt die Stimmen mehren, die immer wieder auf das Bedenkliche einer neuen Industrie verweisen, deren Entwicklung man unmöglich überschauen kann, dann soll man die Möglichkeiten der deutschen Erdölindustrie nicht unterschätzen; man soll sich aber vor spekulativen Ausschreitungen hüten. Auf diesen Ton waren die Mitteilungen des Salzdetfurthkonzerns, des drittgrössten Kalikonzerns in Deutschland, in seiner am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung abgestimmt.

Das gegenwärtige Oelfieber in Deutschland geht auf die Funde bei Bergkhöpen (Odesse) und bei Müggenburg im vorigen Jahr zurück. Bei Bergkhöpen war es der bekannte Bohrtechniker Anton Racky, der mit einer frei ausfliessenden Bohrung Glück hatte. Das Objekt ist dann in den Besitz des preussischen Staates (Gewerkschaft Florentine) übergegangen. Bei Müggenburg machte die Gewerkschaft Elwerath, zum grössten Teil im Besitz des Chemikers Seifer-Köln, in einer Tiefe von etwa 1 000 Metern den bisher in Deutschland grössten Oelfund. Die Gewerkschaft Elwerath ist auch an der vom Preussen geplanten Grossraffinerie bei Misdorf (Hannover) beteiligt und hat einen festen Vertrag mit der deutschen Reichspost, der die Lieferung von jährlich 40 000 bis 50 000 Tonnen Benzol vorsieht, Neben den Grossunternehmungen in der jungen deutschen Erdölindustrie, der dem preussischen Freistaat gehörenden Preussag (Gewerkschaft Florentine), der Gewerkschaft Elwerath, der mit den angelsächsischen Oelkonzernen verbündeten Deutschen Petroleum AG (Depag) und der nordamerikanischen

North European Oil Corporation (Sinclair) sind vor kurzem neue Grossinteressen ten aufgetaucht. Es handelt sich um die deutschen Kaliwerke und zwar um die drei grossen Konzerne Wintershall, Burbach und Salzdettfurth. Burbach stiess im Kalibergwerk Volkenroda unvermutet auf Oelvorkommen, das heute noch 60 Tonnen täglich liefert; ausserde, hat Burbach mit Racky ein besonderes Oelkonsortium gebildet. Wie Wintershall hat Burbach auch anderswo Bohrrechte erworben. Der Wintershallkonzern hat von der Familie Seifer ein Aktienpaket der Gewerkschaft Elwerath erworben, wodurch sich auch die Vertretung des Wintershallkonzerns im Aufsichtsrat der von der Preussag projektierten Grossraffinerie in Misdorf erklärt. Salzdettfurth hat sich ebenfalls Abbaugerechtheite (über Westeregeln-Sigmundshall) verschafft. Ueber die Erfolge der Kalikonzerne auf dem Erdölgebiet hat man bisher nur gehört, dass die Nachrichten über Oelfunde die Kali-papiere an der Börse gesteigert haben. Inzwischen ist die Ernüchterung erfolgt. Wenn sich gerade die Kalikonzerne der neuen Industrie angenommen haben, so sprechen dafür viele Gründe. Einmal liegen die Konzerne mit ihren Bergwerken im "ölverdächtigen" Gebiet. Dann handelt es sich bei der Kaliindustrie um einen Wirtschaftszweig, der sich auf Grund der guten Kalikonjunktur diese Investi-tionen gestatten kann. Andererseits muss man berücksichtigen, dass sich der Kalibergbau mit der Zeit rückentwickeln wird. Dadurch erklärt sich das Bestre-ben der grossen Kalikonzerne, anderswo Betätigung zu finden.

In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung der Salzdettfurth wurde von der Verwaltung betont, dass die zum Salzdettfurthkonzern gehörigen Kaliwerke Adolfs Glück, in deren Grube die Petroleumausbrüche so stark erfol-gten, dass diese als Schlagwettergrube behandelt werden musste und schliesslich stillgelegt wurde, als Versuchsgrube benutzt wird und zwar in Gemeinschaft mit der Deutschen Petroleum AG. Die Bohrungen erfolgen hier von der Sohne der Grube aus. Bisher hätten diese Bohrungen gezeigt, dass die oelhaltigen Schächte ausserordentlich verworfen sind. Das erschwere ein methodisches Vorgehen. Die Beobachtungen haben aber veranlasst, Anerbieten zur Teilnahme an ausserhalb des eigenen Felderbesitzes liegenden Petroleumunternehmungen in Deutschland abzu- lehnen. Man halte es an sich für wichtiger, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die für die Kaliindustrie typischen chemischen Aufgaben (Mischdünger) durchzuführen. Die Schwierigkeiten in der Petroleumindustrie lägen ja auch nicht allein beim Bohren und Raffinieren, sondern, was sich noch zeigen wird, beim Absatz. Gerade die schwierige internationale Lage der Petroleumindustrie habe den Konzern bestimmt, sich mit aller Energie auf die Mischdüngerfabrik zu werfen. Hinsichtlich der Mischdüngerfrage wurde mitgeteilt, dass es dem Salz-dettfurthkonzern möglich sei, jede gewünschte Sulfatmenge - Sulfat wird von Fachleuten als notwendiger Bestandteil des Mischdüngers angesehen - in eigenen Werken herzustellen. Als notwendig wurde bezeichnet, die schwebenden Verhand-lungen über ein gemeinschaftliches Vorgehen auf dem Gebiet des Mischdüngers endlich zum positiven Abschluss zu bringen. Es scheint, dass man hier gewillt ist, an den Staat zu appellieren, wenn die freiwilligen Verhandlungen nicht bald zum Erfolg führen.

SPD. Der Flugzeug- und Motorkonstrukteur Professor Junkers-Dessau führte am Mittwoch in Berlin-Tempelhof den von Junkers-Motorenbau in langjährigen Arbeiten entwickelten Schwerölflugmotor vor. Er konnte in neuester Zeit so-welt verbessert werden, dass er nunmehr zum praktischen Einsatz in Luftverkehr gelangt. Mit diesem Motor wird zum ersten Mal ein Dieselmotor als Flugzeug-antrieb in die Luftfahrt eingeführt.

Die grossen Vorteile des Schwerölbetriebs, die vor allem in der grösseren Wirtschaftlichkeit und der höheren Brandsicherheit liegen, haben seit Jahren den mit Schweröl anstelle des Benzins betriebenen Motor zu einem der wichtig-sten Entwicklungsziele des Flugmotorbaus gemacht. Dieses Ziel scheint nunmehr



erreicht zu sein. Die grosse Schwierigkeit, die ihm entgegenstand, war in erster Linie die Gewichtsfrage. Der Schiffsdieselmotor hat beispielsweise ein Gewicht von etwa 40 bis 120 kg je Pferdestärke Leistung. Dieses hohe Gewicht pro Leistungseinheit galt es auf das geringe Gewicht von rund 1 kg je Pferdestärke, das der normale, mit Benzin betriebene Flugmotor besitzt, herabzudrücken. Dies ist mit der neuesten Konstruktion des Junker'schen Oelflugmotors gelungen. Damit ist zugleich erreicht, dass Brennstoffgewicht für die Arbeitseinheit von 250 Gramm je PS-Stunde auf 170 Gramm herabzusetzen. Das bedeutet, dass Verkehrsflugzeuge mit einer Reichweite von 4 000 Kilometern beim Einbau des Schweroelflugmotors nahezu 6 000 km Reichweite erlangen. Die Frage des Transkontinentalflugverkehrs ist damit in ein neues Stadium getreten. Zugleich aber werden auch zufolge des erheblich niedrigeren Preises des Schweröls die Brennstoffkosten wesentlich vermindert und zwar rechnet man mit einer Verringerung von rund 65%.

-----  
 Vergebliches Bemühen.  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 22. April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung namentlich für Roggen am Mittwoch wieder recht fest. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich Preissteigerungen von etwa 1 bis 2 Mark, während Weizen um  $\frac{1}{2}$  bis 1 Mark höher gewertet wurde. Im Handel mit effektiver Ware fehlte Angebot in Roggen fast völlig. Die Bestrebungen des Ernährungsministeriums, die Preise nicht weiter ansteigen zu lassen, sind bisher ohne Erfolg geblieben, sodass sich abermals Preissteigerungen von etwa 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark ergaben. Dagegen war für Weizen Angebot und Nachfrage gleich gering. Einige Abschlüsse erfolgten auf Basis der Preise des Vortages. Am Mehlmarkt zeigte sich für Weizenmehl keinerlei Interesse. Roggenmehl war stark gefragt, ohne dass genügend Angebot zur Verfügung stand; auch hier konnten die Preise wieder anziehen. Für Hafer lauteten die Forderungen der Eigner gleichfalls recht hoch; jedoch zeigte der Konsum wenig Neigung, diese zu bewilligen. Einige Abschlüsse erfolgten auf Basis der letzten Notierungen.

	<u>21. April</u>	<u>22. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	194 - 196	195 - 197
Braugerste	245 - 252	245 - 252
Futter- und Industrierogerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	184 - 188	186 - 190
Weizenmehl	34,75-40,50	34,75-40,50
Roggenmehl	26,80-29,00	26,90-29,20
Weizenkleie	13,25-13,50	13,50-14,00
Roggenkleie	13,75-14,25	14,00-14,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai  $302\frac{1}{2}$ - $303\frac{1}{4}$  Geld (Vortag 302), Juli  $300\frac{1}{2}$ - $300\frac{3}{4}$  Geld (300), September  $252\frac{1}{2}$  und Geld ( $252\frac{3}{4}$ ), Roggen Mai  $206\frac{1}{2}$ - $207$  Geld ( $205\frac{1}{4}$ ), Juli  $202\frac{1}{2}$  und Geld ( $200\frac{1}{2}$ ), September 190 ( $189\frac{1}{2}$ ). Hafer Mai  $197\frac{1}{2}$ -198 ( $197\frac{3}{4}$ ), Juli  $203\frac{1}{2}$  ( $203\frac{1}{2}$ ), September 181- $180\frac{1}{2}$  (-).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 22. April 1931.

Bürgerkrieg.<sup>x</sup>

Von Pierre Lorent.

SPD. "Sie haben gar keine Papiere?"

"Nein."

"Gar nichts? Das verstehe ich nicht. Auch keine Verwandten?"

"Doch. In Kiew."

"Und Ihre Eltern?"

"Ich weiss nicht, ob sie noch leben."

"Haben Sie sich denn niemals um sie gekümmert?"

"Doch. Zehn Jahre hindurch habe ich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Licht in das Dunkel zu bringen. Alles umsonst. Meine Briefe blieben unbeantwortet. Die amtlichen Antworten waren inhaltlos, brachten keine Aufklärung."

"Aber - es können doch nicht zwei Menschen, zwei erwachsene Menschen wie Ihre Eltern, einfach vom Erdboden verschwinden. Noch dazu in unserm Jahrhundert! Man muss doch wenigstens wissen, wohin sie verschwunden sind!"

"Ich glaube, dass Sie die Katastrophe eines Bürgerkrieges nicht ganz erfassen! - Nein, denn Sie haben ihn nicht im grauenvollen, monatelang währenden Chaos durchlebt. - - Eine Stadt: Kiew. Sie wird von einer Partei besetzt, von einer anderen belagert. Beide ringen um die Macht. Mit allen Mitteln der Technik, der Grausamkeit und Skrupellosigkeit. Bis zur Weissglut des politischen und materiellen Wahnsinns werden die Gehirne angefacht. Ein Tollhaus der Hunderttausend. - - Können Sie sich in das Leben in einer solchen Stadt einfühlen?"

"Das schon. - Aber was hat das mit Ihren Eltern zu tun?"

"Mein Vater war Arzt in Kiew. Hatte ein Haus am grössten Platz und eine Villa im Cottageviertel. Er hatte Freunde und hatte Feinde. Welcher Mensch hat nicht beide Sorten von Mitmenschen mitzuschleppen? Man neidete ihm seinen Ruhm, man begeisterte sich für seine Taten. Ob mit Recht oder Unrecht: das zu beurteilen, fehlt mir die Uebersicht über sein Schaffen, denn ich war damals noch zu jung. - - Als die beiden Parteien aneinander geraten, wird mein Vater zum Eingreifen gezwungen. Die ersten Schüsse gellen durch die Strassen. Schrei laufen die Mauern empor. Leiber klatschen auf das Pflaster nieder, Frauen werfen sich jammernd über Männerkörper. Verirrte Kugeln treffen verängstigte Kinder. - - Ein Tag. Zwei Tage. Die Strassen leeren sich. Bitternis und Hass graben sich in aller Herzen. Die Menschen isolieren sich, Freundschaften werden zerrissen, denn jeder wählt eine Partei. Jeder hält die Hand am Revolver oder Knüppel, denn er sieht im anderen den Feind und Verräter. Man misst und beobachtet einander, wie wilde Tiere einander im Käfig beobachten und messen. Und mitten drin stand ich mit meinen Eltern....."

"Ich verstehe."

"Nach sechs Wochen kommt der blutige Tag. Ihm war eine Nacht der Explosionen, der Schreie Sterbender, des Entsetzens vorangegangen. In den ersten Morgenstunden knallen Schüsse aus allen Fenster, allen Häusern. Von überall her pfeifen Kugeln überallhin. Leichen fallen auf Leichen. Freund und Feind unterscheiden einander nicht mehr. Die Menschen sind Bestien geworden, vom Wahnsinn des Mordens erfasst. Man ringt, tötet, verfolgt, flucht, und niemand kennt Ziel noch Preis. Nur der Augenblick diktiert, beherrscht von sinnloser

Wut gegen alles Nächstliegende. - - Ich durchheile die Gassen. Unser Haus würde erstürmt. Ich suche, in das Cottageviertel zu meinen Eltern zu gelangen. Umsonst. Die Mauer des Kampfes ist nirgends zu überklettern, zu durchbrechen."

"Und so haben Sie....."

"Gedulden Sie sich! - - Ich sehe Nachts beide Häuser zerstört. Also fort! - In den Taschen etwas Schmuck, in der Brieftasche einige Banknoten. So laufe ich zum Hafen; nur fort! Springe als letzter auf die Verbindungsbrücke, auf den Dampfer, den flüchtenden letzten Dampfer. - - Es war dumm von mir, doch das begreife ich leider erst heute. Damals überdachte und übersah ich nicht die Situation, und niemand hätte an meiner Stelle anders gehandelt. Wäre ich nicht geflohen, mir hätte die Gegenpartei kaum etwas angetan."

"Welche Partei war das?"

"Das spielt keine Rolle. Beide waren bis zum Wahnsinn aufgepeitscht, blind und trunken in sinnloser Wut. Durch meine Flucht aber wurde ich zum Feinde gestempelt. - - - Seit damals habe ich meine Eltern nicht mehr gesehen. Meine Verwandten sind zum Teil wieder in die Stadt zurückgekehrt, doch von meinen Eltern fanden sie keine Spur. Ob sie leben? Verurteilt wurden? Verschleppt? Erschossen? Erschlagen? Geflüchtet sind? Unter falschem Namen leben, um sich verbergen zu können? Wo? - - - Ich weiss es nicht. Jede Nacht steigen diese Fragen vor mir auf, vampyrgewaltig. Seit Jahren, Nacht für Nacht. Zerran an meinem Hirn, zerfressen mein Innerstes. Und ob wiederum sie wissen dass ich lebe? Und wo?"

"Sie Ärmster! - "

"Ich danke Ihnen für Ihr Mitleid, doch kommt es viel zu spät. Es dürfte auch nicht ganz rein sein. Denn wohl mögen Sie augenblicklich über die Folgen eines Bürgerkrieges entsetzt sein. Wie oft aber haben Sie schon einen Bürgerkrieg am Biertisch für diese oder jene Partei - mich interessiert Ihre politische Einstellung nicht - erwogen? Mit ihm in Gedanken gedroht? Wie oft haben dieselben Abgeordneten, die auch Sie gewählt haben, im Parlament mit dieser furchtbarsten aller Katastrophen ein einstweilen immer noch verlöschtes Feuerchen angezündet? Und Sie haben mit Behagen beim Morgenkaffee mit Weissgebäck und Marmelade womöglich diese Bürgerkriegsdrohung, in Druckerschwärze umgesetzt und präsentiert, zur Kenntnis genommen und verdaut. Sicherlich niemals mit reagierendem Missbehagen."

"Erlauben Sie mal.....!"

"Leben Sie wohl, mein Herr! Doch noch einmal: wenn Sie wieder einmal über den Bürgerkrieg beim Biertisch oder im Büro disputieren, dann denken Sie vorher an jenen Mann aus Kiew, der, ohne Papiere, nicht einmal weiss, ob seine Eltern wie räudige Hunde bei einer Strassenjagd erschossen wurden. Nicht einmal das!! - - Leben sie wohl!"

---

### Vorsaison.X

---

SPD. Es ist nicht unbedingt notwendig, dass ich den Namen des kleinen Kurortes nenne. Ich habe hier ja keine Reklame zu machen, und ob zehntausend oder dreissigtausend Fremde im Jahre kommen, ist mir sehr gleichgültig; ich bin ja weder Badedirektor noch Aufwartefrau in einem jener vielen kleinen Häuschen, die zweifellos ihre bestimmte Notwendigkeit haben, denn sonst wären sie nicht da. Die A.G., der das Bad gehört, würde sie gewiss nicht gebaut haben, wenn sie nicht ein wesentlicher Bestandteil der erfolgreichen Kur wären. Ja, sehen Sie, das ist auch so etwas Merkwürdiges an unsrer herrlichen Gesellschaftsordnung, dass so ein Kurbad einer Anzahl Aktionären gehört, die weiss Gott wo sitzen, und von denen bestimmt keiner etwas dafür kann, dass just an diesem Fleck Erde das Wasser eine so eigenartige chemische Zusammensetzung hat.

Man kann nicht sagen, dass dies Wasser eine besonders erfreuliche Angelegenheit wäre. Es gibt drei verschieden starke Quellen; Nummer drei wünsche ich keinem Menschen, ausgenommen Adolf Hitler. Aber der trinkt natürlich bessere Dinge. Im übrigen geht mich hier die Politik nichts an, obwohl es verschiedene bedeutende Politiker gibt, die am Gestade des kleinen Flusses, der durch eine fruchtbare, hügelige Landschaft zieht, ihren parlamentarischen Ärger kurieren. Denn für die Galle ist dieses Wasser gut, und Galle ist ja nur ein biologischer Ausdruck für deutsche Politik.

Es ist noch recht kühl hier, und die Bäume im Schlosspark und im Kurpark frösteln. Die Geschäfte unter den Kolonnaden haben noch alle ihre eisernen Vorhänge über die winterschlafmüden Auslagen gezogen, und drüben im Kurhaus fängt man an, die Fenster zu putzen und die Treppen zu scheuern. Man wird, wenn man solche Geschäftigkeit sieht, den Verdacht nicht los, es müsse doch Frühling werden! Mittags spielen ein paar Musiker aus jenem goldenen Liederschatzalbum, das vor dem Kriege und noch früher das Repertoire der höheren Töchter enthielt, und vormittags bemüht sich ein Lautsprecher, durch tonähnliche Geräusche das Wasser trinkbarer zu machen. Doch vorerst laufen die paar Dutzend Kurgäste fröstelnd mit dem Glase in der behandschuhten Rechten umher und sind trotz ihrer Galle vergnügt, wenn die Sonne scheint. Eine junge Dame, unerschrocken, wie heutzutage junge Damen sind, spielt sogar mit blossen Waden Tennis, und aufgeregt lärmen ringsumher die Vögel in den Büschen. Die Geschäftsleute und selbst die Kellner in den Cafés sind von einer unglaublichen Liebenswürdigkeit; man könnte meinen, man sei in Frankreich, und alle, alle wollen sie dich wiedersehen, auch wenn du nur ein Glas Pfefferminztee getrunken hast.

Los ist hier natürlich noch nichts, und dementsprechend ist das Publikum. Das Hauptkontingent stellt der grosse Bau der Reichsversicherungsanstalt mit seinen Kriegsbeschädigten, die - merkwürdige Erscheinung! - in dem berühmten Stahlbade der internationalen Rüstungsindustrie so gesund wurden, dass sie jetzt mit gelben Gesichtern, müden Augen und schleppendem Gange die Badekur hier fortsetzen müssen. Süß und ehrenvoll... Dann kommen die von irgendeiner Krankenkasse hierher geschickten Patienten. Alles zermürbte, leidende Menschen. Schliesslich die paar Leute, die von ihrem Arzte diese Kur verordnet bekamen. Oder solche, die zu dick sind, und solche, die zu wenig Gewicht haben. Zweimal am Tage wandelt dies kleine Häuflein Menschen am Brunnen hin und her. Am dritten Tage kennt man schon jedes Gesicht. Nach einer Stunde liegt der Park ausgestorben da; die Kranken sind daheim, lassen sich Fangopackungen machen oder nehmen ein Bad oder schlafen. Oder sie gehen ein wenig spazieren, an den spärlichen Hängen der Hügel entlang und durch die alte Kleinstadt mit ihren Gassen und den baroken Heiligen in der Nische fast jedes Hauses. Gelegentlich geht man auch ein wenig in den Lesesaal, wo sehr viele nationalistische Zeitungen ausliegen; eine einzige, zudem kleine Provinzzeitung der Sozialdemokratie repräsentiert die grösste Partei der deutschen Republik. Der "Vorwärts" liegt nicht aus. Das kommt vermutlich von der A.G. Sie schätzt offenbar sozialistische Zeitungen daneben. Vielleicht denkt der Aufsichtsrat nicht ganz mit Unrecht: wenn erst mal die Menschen dahinter kämen, dass heißkräftige Quellen eigentlich keine Privatangelegenheiten sind zum Zwecke von Dividendenausschüttungen... Und Zeit zu solchen Ueberlegungen hat man hier schon; wenn man in der Packung liegt oder nachts nicht schlafen kann. Oder wenn's regnet und man an sein Zimmer gefesselt ist, weil die Kurverwaltung erst dann einen Aufenthaltsraum öffnet, wenn die Saison beginnt und die feinen Leute kommen.

Sie finden einige Bemerkungen in diesem Artikel boshaft? Das kommt nur davon, weil ich noch nicht genug Wasser getrunken habe. Warten Sie ab: wenn ich weniger Galle habe, wird's besser. Und wie wäre es, wenn der ganze Reichstag seine langen Ferien hier verbringen müsste?! Das wäre endlich mal eine Notverordnung, von der man sagen könnte: jetzt geht's "frisch von der Leber weg", und keinem braucht dabei "die Galle überzulaufen"!

Rolf Gustav Haebler.

## Skandal um eine Operette.<sup>x</sup>

SPD. Es ist bekannt, dass die Werke der Kunst und Literatur durch ein internationales Übereinkommen gegen jede unberechtigte Verwendung geschützt sind. Das war nicht immer so; die gegenwärtige, die Rechte des Autors schützende Vereinbarung stammt in der Hauptsache aus dem Jahre 1907; vorher waren besonders die Musikstücke "vogelfrei". Da kam es denn gar nicht so selten vor, dass man sich gegenseitig die Sensation erregenden Schlager zu stehlen versuchte. Das interessanteste Beispiel aus der Musikgeschichte bieten die eigenartigen Vorkommnisse um die seinerzeit so berühmte Operette "Der Mikado" des gefeierten englischen Komponisten Sullivan.

Sullivan, der jetzt dreissig Jahre tot ist, und dessen Musik nun freiwärde, hatte mit seiner Operette einen ganz grossen Erfolg. Auf Wochen im Voraus war das betreffende Theater in London ausverkauft; alles wollte den "Mikado" sehen; überall sprach man von diesem Werk. Natürlich drang die Kunde von der "Mikado"-Sensation auch ins Ausland; und so rief man auch in Wien, Paris und anderen grossen Musik- und Theaterzentren nach diesem Schlager, mit dem man in London Bombengeschäfte machte. Aber wie sollte man diesen Wünschen Rechnung tragen? Sullivan verlangte von den ausländischen Bühnen für sein Werk Geld, viel Geld sogar. Es war das erste Mal, dass ein Operettenkomponist sein Werk zu schützen suchte. In dieses Bezahlen aber konnten sich die Direktoren nicht hineinfinden, und so kamen sie denn auf eine verhältnismässig nahe liegende Idee, die des Diebstahls. Die Form nun, in der dieser Diebstahl vor sich ging, war recht interessant. Die internationalen Direktoren schickten ihre Agenten nach London; einen Stenographen, dessen Aufgabe es war, in der Vorstellung den Text sorgfältig nachzuschreiben, und einen Musikkundigen, der während der Aufführung die Noten notierte. - So kam es, dass häufig die ersten Reihen des Zuschauerraums mit solchen Operettendieben besetzt waren, die kein Auge auf die Bühne wandten, dafür aber fleissig in ihre Notizbücher Schriftzeichen und Noten schrieben, um dann mit ihrer literarisch-musikalischen Beute zu ihren Direktoren in Wien, Budapest, Moskau, Bukarest usw. zurückzukehren. Dort wurde dann die sprachliche und sonstige Bearbeitung vorgenommen. Freilich war das alles nur sehr mangelhaft; immerhin, es liess sich schon etwas daraus machen.

Natürlich blieben diese Dinge der Theaterleitung in London und vor allem Herrn Sullivan nicht verborgen. Mit Ärger und Entrüstung beobachtete der Komponist diese Diebereien an seinem Eigentum. Er stellte einige der zu so bösen Zwecke gekommenen ausländischen Gäste, und als alles nichts half, liess er am Theatereingang ein Plakat anbringen, auf dem zu lesen war, dass das Mitbringen von Schreibgerät, wie Papier, Tinte oder Bleifeder, in den Zuschauerraum verboten sei. Unnachsichtig werde das Abschreiben der Musik und des Textes (Textbücher für das Publikum hatte man damals noch nicht) geahndet werden. Ja, es kam dazu, dass einige der betreffenden Herren aus dem Theaterraum entfernt wurden. Dennoch ging die so eingefädelte Entwendung der "Mikado"-Musik und des "Mikado"-Textes weiter. Später freilich bequerten sich die grossen Bühnen des Auslandes dazu, die geforderten Tantiemen zu zahlen; ganz zu seinem Recht aber kam Sullivan erst, als die Berner Vereinbarung alle Werke der Musik und Literatur und also auch den "Mikado" in Schutz nahm. Von da ab verdiente der musikalische Engländer, der lange Zeit so grossen Ärger um sein Werk gehabt hatte, riesiges Geld. Heute, dreissig Jahre nach des Meisters Tod, ist die Musik zum "Mikado" frei, noch aber nicht der Text dazu; der Librettist lebt nämlich noch. Weshalb also auch die Aufführung dieser Operette noch immer Geld kostet. Der Ruf nach ihr ist freilich nicht mehr so gross wie in jenen Jahren der Londoner Bombengeschäfte.

Nicht uninteressant ist es, dass im Verfolg jener literarisch-musikalischen Mogeleyen noch allerlei Spezialgaunereien mitliefen. Einzelne auf Raub

ausgeschickte Agenten kamen nämlich zu ihren Direktoren mit einer recht eigenartigen Beute zurück. Gerissen, wie sie waren, hatten sie irgendwo unterwegs sich selbst etwas zurecht geschrieben und zurecht komponiert, um diese Pfluscharbeit dann den Direktoren als den "Mikado" zu präsentieren. So kam es, dass das Publikum in einer Stadt einen solchen und in der andern einen solchen Sullivan vorgesetzt bekam. Das Publikum wie die Direktoren kamen aus Ärger und aus Ueberraschungen nicht heraus. Heute gibt es solche unredlichen Dinge freilich nicht mehr.

kl.

### ----- Der Zug in den Mai.<sup>x</sup> -----

SPD. Schon tagelang vorher war es in den Fabriken unruhig geworden: in den Giessereien, Maschinensälen und Kesselhäusern. Durch die Werkstätten und Höfe liefen Gerüchte und Parolen: Wir marschieren! Bald klebten überall kleine Zettel an den Wänden: "Heraus zur Maifeier!" Die Meister fluchten, die Fabrikherren in ihren Kontoren und Villen wurden nervös, liessen die Zettel herunterreissen, drohten mit Aussperrung und Entlassung. Aber es half nichts, es klebten immer wieder neue - und als endlich der letzte Tag im April herankam, gingen die Arbeiter zwar wie sonst nach Hause, müde, mit gedrückten Schultern, gekrümmten Rücken. Aber viele waren darunter, in deren Augen etwas Helles, Blankes lag - eine trotzig-Entschlossenheit. Sie kamen nach Hause, assen und liefen wieder fort, denn die Partei hatte auf vier Stellen Versammlungen angesetzt. Viele waren noch unentschlossen, manche ängstlich und feige, fürchteten sich, und die Führer wussten, dass sie alles aufbieten mussten, um die Zögernden mitzureissen. Sie sprachen bis in die Nacht hinein, nannten noch einmal die Aufmarschplätze. Es hiess: Ihr sammelt euch da, ihr zieht die Strassen entlang. Auch wollte man zwei Stunden früher marschieren, um die Polizei zu überraschen.

Zu den Unentschlossenen gehörte auch Albert, der in einer Maschinenfabrik arbeitete. Er ging aus der Versammlung mit noch zwei Arbeitskollegen nach Hause und dachte: Vielleicht ist es doch besser, auf Arbeit zu gehen wie alle andern Tage. Sollen sie ihren 1. Mai allein feiern! Und als deshalb einer der andern meinte: So etwas habe es noch nie gegeben, werde es auch nie geben, und es wäre unklug, sich deshalb beim Meister unbeliebt zu machen, und es sei vor allem sehr ungewiss, ob die andern mitmachen würden, die aus den andern Fabriken, da nickte er nur mit dem Kopfe, gab dann, an seiner Haustür angekommen, den beiden andern die Hand und stieg die Treppen hinauf, fest entschlossen, am nächsten Morgen zur Arbeit zu gehen.

Doch aus den trüben Schleiern der letzten Aprilnacht stieg ein heller, klarer Maimorgen, und die paar Wölkchen, die noch am blassblauen Himmel hingen, begannen langsam zu zerfliessen. Noch schlief die Stadt, aber die Strahlen der aufsteigenden Sonne fingen an, sich allmählich über das Häusermeer auszubreiten. Jenseits des Flusses lagen die finsternen Mietskasernen des Arbeiterviertels, aus deren grauen Steinmassen sich die blanken roten Schornsteine der Fabriken erhoben. Auch heute klappten in der Frühe die Türen in den Häusern, aber nur vereinzelt geschah es, dass einer in der Werktagskleidung heraustrat und zur Arbeit gehen wollte. Auch standen wie immer die Pförtner an den grossen Fabriktoren, hielten die Hände auf den Rücken und sahen nach der Uhr; doch obgleich die Zeiger immer mehr dem Beginn der Arbeit näher rückten, kamen heute anstatt des Stroms der vollen Belegschaften, die jeden Morgen an ihnen vorbeimarschierten, nur kleine Trüppchen, um deretwillen es sich nicht lohnte, auch nur einen Kessel zu heizen. Ja, in manchen Fabriken war überhaupt kein Arbeiter erschienen, und die Herren, die in ihren Villen am Frühstückstische sassen, wurden bei dieser Nachricht blass, schlugen mit der Faust auf

den Tisch, aber es half nichts: die Säle blieben leer; an den Maschinen stand niemand; die Höfe waren verlassen wie bei einem Streik. Auch Albert war auf-  
gebrochen, um in die Fabrik zu gehen, aber als er keinem der Kameraden begegnete und nur die paar Schritte der Alten, Ängstlichen über die Strasse holper-  
ten, stutzte er nachdenklich und schämte sich am Ende, dass er es mit diesen  
Drückebergern halten wollte, während alle Andern zur Maifeier aufmarschierten.  
Da kam es mit einem Male über ihn wie ein Unrecht, und er drehte kurz ent-  
schlossen um und lief den Weg wieder zurück.

Als er an dem Platz vorbeikam, sah er schon von weitem, dass da viele aus  
seiner Fabrik standen. Sie hatten ihre Sonntagsanzüge an und rote Blumen ange-  
steckt. Manche hatten ernste Gesichter. Es hiess, dass in der und der Fabrik ge-  
arbeitet wurde, dass an vielen Stellen Polizei in grosser Stärke aufmarschiert  
sei, um den Zug zu hindern. Albert fragte: "Aber ihr werdet doch marschieren?"  
Da nickten sie, und Albert schloss sich ihnen an und trat neben einen Alten,  
der schon seit vielen Jahren in der Fabrik war.

Als es vom nahen Stadtturm schlug, begann der Zug sich langsam in Bewegung  
zu setzen und durch die noch halb verschlafenen Strassen der Stadt zu marschie-  
ren. Zuerst kamen Männer, danach die Frauen, einige mit Kindern an der Hand,  
dann schritten am Schluss des Zuges noch einmal Männer und Burschen, und der  
Morgenwind begann die rote Fahne, die einer an der Spitze des Zuges trug,  
breit auseinander zu treiben. Albert marschierte in der Mitte des Zuges, voller  
Unruhe, denn er dachte: Werden die Andern kommen; wird alles gut gehen? Er  
stiess seinen Nachbar an: "Werden die aus der Giesserei auch da sein?" Aber  
der Alte hob nur den Kopf, zuckte die Achseln: "Sie werden uns doch nicht al-  
lein marschieren lassen..." Da begannen plötzlich die Männer vor Albert die  
Arbeiter-Marseillaise anzustimmen. Zuerst erklang sie dünn, dann begannen im-  
mer mehr einzufallen, die Männer mit ihren tiefen Bässen, die Jungen mit hel-  
len, starken Stimmen, und zuletzt stiessen aus der Mitte des Zuges die Soprane  
der Frauen in den Morgen hinein. Der Gesang brach sich mit starkem Widerhall  
an den trüben Mauern der Häuser, und es schien Albert, als würden davon vor  
ihnen die Strassen breiter, als wollten sie sich dem Zuge weit öffnen.

So bogen sie endlich in die Hauptstrasse ein, die durch einen Vorort aus  
der Stadt hinausführte. Da sehen sie auf einmal eine dünne Kette von Polizisten  
quer über die Strasse gespannt. Nun war auch schon Leben auf der Strasse, und  
die Bürger zu beiden Seiten musterten den Zug mit Neugierde und Schrecken. Sie  
kamen an die Fenster, als sie Gesang und Marschtritt hörten, und traten aus ih-  
ren Läden. Einige lachten höhnisch: "Statt zu arbeiten, feiern sie lieber,  
diese Sozialisten!" Viele wussten überhaupt noch nicht, um was es sich handelte.  
Sie dachten: Wieder einmal Streik. Dann aber hörten sie von dem neuen Fei-  
ertag der Arbeiter, der auf der ganzen Erde heute zum zweitenmal gefeiert wurde,  
zogen lange Gesichter und sahen ängstlich auf den grossen Zug und die we-  
henden Fahnen.

Als der Zug an die Polizei herankam, wurden die an der Spitze unsicher  
und stockten. Die hinter ihnen Gehenden stiessen auf sie, eine Welle der Rat-  
losigkeit ging durch den ganzen Zug, und einige riefen: "Da, jetzt ist alles  
verraten; wir können nicht mehr weiter!" Da hielt es Albert nicht mehr länger.  
Es sprang aus der Reihe, lief nach vorn zu den Führern, die leise miteinander  
berieten, und sagte atemlos: "Wir müssen schnell hier in die Querstrasse hin-  
ein; dort kommen wir leichter durch, hier links herum, auf den Fluss zu, und  
hinter der Brücke biegen wir wieder in die grosse Strasse ein..."

Aber während schon der Zug kurz vor den verblüfften Polizisten nach links  
einschwenkte, hörte man plötzlich Musik und Gesang, und die im Zuge sahen,  
dass die Polizei schon von allen Seiten umgangen war. Denn hinter ihr bra-  
chen aus mehreren Seitenstrassen die schwarzen Kolonnen der Arbeiter mit we-  
henden Fahnen hervor. Das waren die aus den grossen Maschinenfabriken, die  
Frauen aus der Weberei, die Zimmerer und Maurer, die Schmiede und Schlosser -  
sie waren alle gekommen!

Da fiel von allen, die im Zuge gingen, das Bedrückte und Ängstliche ab. Sie strafften den Rücken, sahen mit leuchtenden Augen nach vorn. Denn von allen Seiten stiessen nun die Züge aus den Seitenstrassen und verschmolzen zu einem einzigen grossen, der mit Liedern der Arbeit und des Kampfes hineinmarschierte in den Mai. Das waren nicht mehr Hunderte, sondern Tausende, und während Albert an der Spitze marschierte, musste er plötzlich daran denken, dass jetzt in allen Städten die Arbeiter auszogen, die Erde sich zu gewinnen mit dem harten, unbeirrbareren Schritt ihrer vorwärtsstampfenden Bataillone.....

Alfred Prugel.

-----  
1. Mai ! X  
-----

Und wieder bricht der Tag des Volkes an,  
Und wieder hallt der Massen dumpfer Schritt-,  
Wie eine Sturmflut brausen sie heran  
Und bringen Zukunft und Verheissung mit! -

Und wieder reichen wir uns stumm die Hand -  
Europa ist für solchen Tag zu klein,  
Den ganzen Erdball einigt dieses Band,  
Er soll der Zeuge unsres Festes sein! -

Und wieder flammt der Fahner stolzes Rot,  
Aus dem das Herzblut der Millionen spricht -,  
Wie eine Fackel, die trotz Hass und Not  
Für ewig glüht und nimmermehr erlischt.

Wir greifen an! Kein Feind schlägt uns zurück-!  
Nur immer fester schliessen sich die Reih'n-,  
Die gestern wichen um ein kleines Stück,  
Sie werden morgen schon die Sieger sein! -

Und tausendfach verdingt sich unsre Kraft,  
Den letzten Kämpfer holen wir herbei -  
Wir rasten nicht, bis wir das Werk geschafft.  
Das sei Bekenntnisschwur zum 1. Mai! -

Kurt Kaiser-Blüth.

-----  
SPD. Ganz wie bei uns.<sup>X</sup> Ein Londoner Bühnenschriftsteller bekam, wie "Die Literarische Welt" erzählt, sein neuestes Stück von den Londoner Theaterdirektoren mit dem Bemerkten zurück: "Lassen Sie uns mit diesen faden englischen Stücken endlich in Ruhe; übersetzen Sie lieber das Stück eines guten kontinentalen Autors, am liebsten irgend was modernes Deutsches!" Daraufhin setzte der Verfasser unter den Titel seines Werkes einen beliebigen deutschen Namen und bezeichnete sich selbst bescheiden als "Uebersetzer aus dem Deutschen". Das nun in einem Londoner Theater aufgeführte Stück hatte einen grossen Erfolg und die Theaterkritiker der grössten Londoner Blätter äusserten sich sehr eingehend über die Mängel der englischen Dramatik, die Einem gerade angesichts dieses "kontinentalen Theaterstücks" besonders stark zum Bewusstsein kämen. Nur eine findige Theaterzeitschrift ist auf das Geheimnis der Autorschaft dieses Stückes gekommen, als sie erfuhr, dass über den Verkauf des Uebersetzungsrechts nach - Deutschland verhandelt wird.